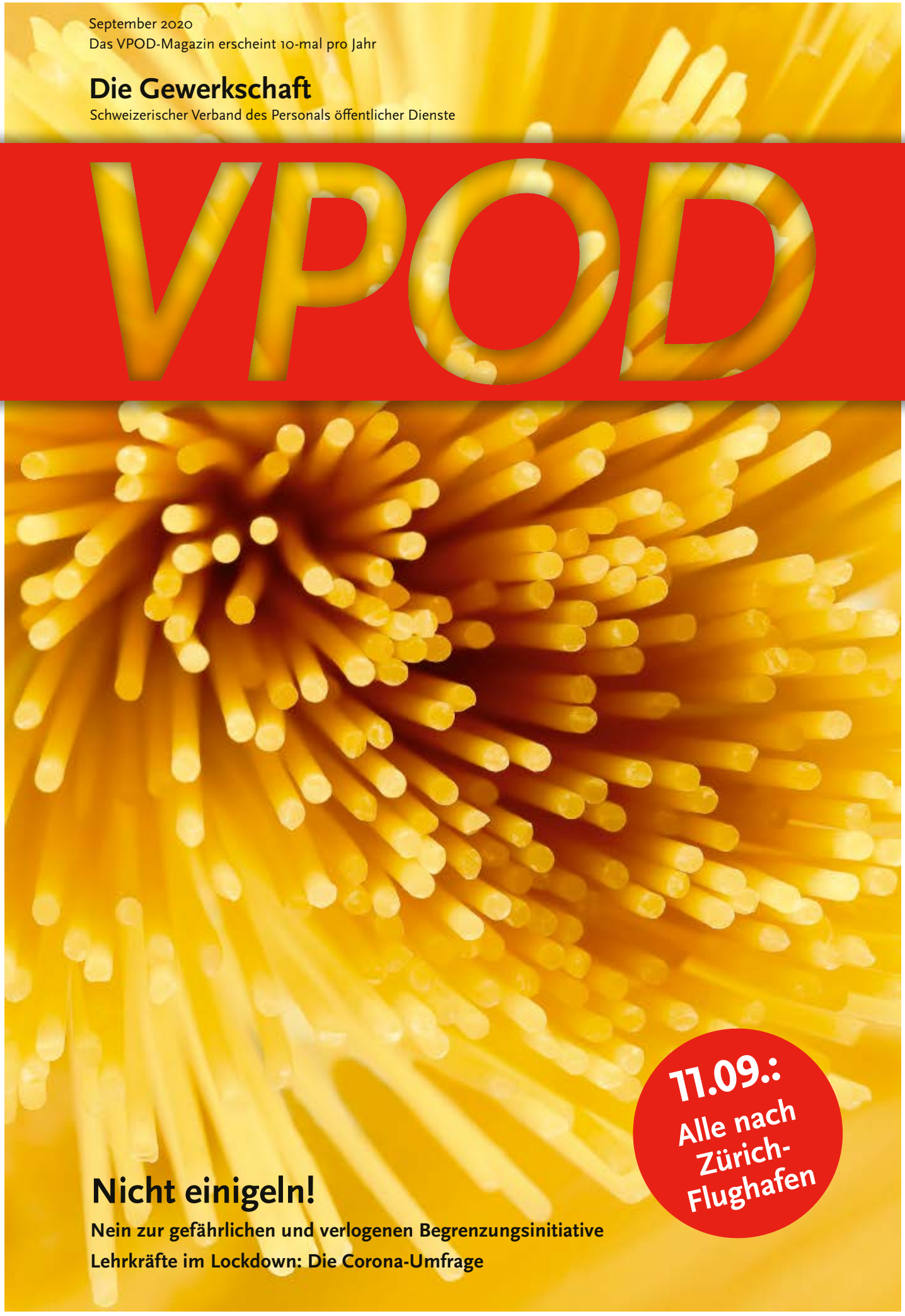
September 2020
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



11.09.:
Alle nach Zürich-Flughafen

Nicht einigeln!

Nein zur gefährlichen und verlogenen Begrenzungsinitiative

Lehrkräfte im Lockdown: Die Corona-Umfrage

PK–Netz Tagung
2. Dezember 2020
Hotel Kreuz, Bern
9:45 - 16:30 Uhr

Einführungsreferat

Colette Nova
Vizedirektorin Bundesamt für Sozialversicherungen

BVG-Reform

Pierre-Yves Maillard
Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Valentin Vogt
Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Podium zur BVG-Reform

Thomas de Courten
Nationalrat SVP

Ruth Humbel
Nationalrätin CVP

Mattea Meyer
Nationalrätin SP

Andri Silberschmidt
Nationalrat FDP

Manuela Weichelt-Picard
Nationalrätin Alternative - die Grünen

Mitbestimmung des Personals beim Wechsel der Pensionskasse

Kurt Pärli
Professor für soziales Privatrecht, Universität Basel

Gabriela Medici
Leiterin Dossier Sozialversicherungen SGB

Thomas Bauer
Leiter Sozialpolitik Travail.Suisse

Auswirkungen des Corona-Virus auf die 2. Säule

Serge Gaillard
Direktor Eidgenössische Finanzverwaltung

Patrick Spuhler
PK-Experte Prevanto AG

Jan-Egbert Sturm
Direktor KOF Konjunkturforschungsstelle ETH Zürich

Lukas Riesen
Partner PPCmetrics AG

pk PK-NETZ 2. SÄULE

Weitere Informationen und Anmeldungen:
www.pk-netz.ch
Platzzahl beschränkt

Moderation:
Kaspar Hohler
Chefredaktor «Schweizer Personalvorsorge»

Themen des Monats

5 **Haupt- und Nebenwidersprüche**
Ehemalige der Revolutionären Marxistischen Liga blicken zurück

6–8 **Engagiert improvisiert**
VPOD-Umfrage zeigt: Lehrpersonen haben die Bildungseinrichtungen durch die Coronakrise getragen

9 **Brodeln in Kloten**
Lohndumping mit Staatsgeld? Das Bodenpersonal am Flughafen Zürich setzt sich zur Wehr

10–11 **Die Schweiz muss aufholen**
Am 27. September: Ja zum Vaterschaftsurlaub, Nein zu den Steuerabzügen für reiche Eltern

13–17 **Dossier: Nein zur SVP-Kündigungsinitiative**
Eine Annahme der sogenannten Begrenzungsinitiative hätte fatale Folgen für uns alle
Das Schweizer Migrationsregime schneidet im Vergleich gut ab
Eine Annahme der SVP-Initiative hätte massive Folgen für hier lebende EU-Angehörige

19 **Kollege Nobel**
Im Kino läuft ein Dokumentarfilm über den Schweizer Nobelpreisträger Jacques Dubochet

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**
20 **Aus den Regionen und Sektionen**
21 **Sunil Mann:** Zeitalter der Greise
22 **Wirtschaftslektion:** Mehr Zeit für die Jobsuche
23 **Wettbewerb:** Gefaltete Kraniche
24 **VPOD aktuell**
25 **Hier half der VPOD:** Fahrtverzögernder Unfug
26 **Solidar Suisse:** «Eine Maske ist ein Luxus»
27 **Menschen im VPOD:** Cevincia Singleton, Bachelor Pflege FH, Universitätsspital Zürich

Redaktion/Administration:
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 7, September 2020
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter ist Redaktor des VPOD-Magazins

Brief an Giovanni

Lieber Giovanni

Wir gingen miteinander zur Schule, damals, in T. im Kanton SH. Erinnerst du dich an den Fez? An die zweitägige Schulreise? Bei der Klassenhitparade gewann Abba. Vielleicht weil der Titel von der schönen Beatrice eingebracht worden war, in die ihr alle verschossen wart. Jedenfalls waren es die 1970er Jahre, und wir waren eine jahrgangsübergreifende Klasse. Du warst bei den Grossen, den Fünftklässlern, ich bei den kleinen Viertklässlern. Ich glaube, ich habe mich nicht sehr beliebt gemacht, wenn ich mich in den Unterricht einmischte, der für eure Hälfte bestimmt war. – Die junge Lehrerin brachte uns *Blowin in the wind* bei und *Caramba beviamo del whisky* und begleitete uns auf der Gitarre. Sie zeigte uns den wohlgeschichteten Kalk auf dem Randen und liess uns Aufsätze über Smetanas Moldau schreiben. Ich war ein guter Schüler und brav. Du warst meistens dabei, wenn irgendwo Unfug getrieben wurde. Im Unterricht hattest du den Nachteil, dass du die deutsche Sprache nicht mit der Muttermilch eingesogen hattest.

Wenn Weltcup am Fernsehen kam, rannten wir mittags alle so schnell es ging nach Hause. Meistens war dann Lise-Marie Morerod schon im ersten Lauf ausgeschieden. Bei den Männern gewann vielleicht Herbert Plank. Oder Gustav Thöni. Seltsamerweise hatten die Italiener im Skisport deutsche Namen. Bei uns daheim gab es manchmal Pizza: gescheibelte Tomaten und Käse auf Blätterteig. Oder Ravioli. Die von Hero.

Ich war ein guter Schüler. Ausser im Sport. Die Kletterstange fand ich unbezwingbar. Vor der Hochsprungstange hatte ich Angst. Auch die Reckstange tat weh. Wenn Fussball gespielt wurde, hielt ich mich vorsorglich in abgelegenen Gegenden des Feldes auf, wo der Ball nicht hinzukommen drohte. Die Lehrerin setzte mir die erste schlechte Note ins Zeugnis. – Du warst ein kräftiger Junge. Tschutten konntest du. Und rennen wie der Wind. 60 Meter mussten wir laufen. Oder waren es 80? Auf dem Sportplatz waren zwei Bahnen nebeneinander. Immer zwei Schüler mussten gegeneinander antreten. Die Lehrerin stoppte und notierte die Zeiten.

Du liefst neben mir. Gleich nach dem Start schon lagst du vorn. Ich rannte, was die Beine hergaben. Du warst immer noch vorne. Aber nur wenig. Du bliebst in Reichweite. Beinahe hätte ich dich noch eingeholt. Knapp vor mir gingst du durchs Ziel. – Die Lehrerin hielt dir eine Strafpredigt. Was dir einfalle, du hättest dich ja gar nicht richtig angestrengt. Sie schickte dich nochmals auf die Bahn. Beim zweiten Mal warst du sicher 3 oder 4 Sekunden schneller. Ich weiss, dass du meinetwegen so langsam gelaufen bist. Um mich nicht zu blamieren. Das war fein von dir. Danke.

Viele Grüsse von Christoph

Abbau: Manor (hier: Filiale Locarno).

Abbau: Credit Suisse (hier: Hauptsitz Zürich).

Manor: Alternativen zum Abbau

Die Unia wehrt sich gegen die Streichung von weiteren fast 500 Stellen bei der Warenhauskette Manor und gegen den Druck zur Erhöhung der Arbeitszeit. Wer mit der Anhebung von 41 auf 42 Wochenstunden nicht einverstanden ist, muss mit der Entlassung rechnen. Gefordert wird zudem ein transparentes Konsultationsverfahren, damit die Beschäftigten Gelegenheit erhalten, Alternativen zum Abbau vorzuschlagen. Manor will am Hauptsitz Basel 91 und in grösseren Warenhäusern 385 Stellen streichen. | *unia/slt (Foto: Manor)*

BVG-Mindestzins: Keine Senkung auf Vorrat

Die von der BVG-Kommission empfohlene Senkung des BVG-Mindestzinses auf 0,75 Prozent wird vom SGB als «Fehlentscheid» bewertet. Die Gewerkschaften hatten in der Anhörung die Beibehaltung des bisherigen Zinssatzes von 1 Prozent verlangt. Durch die Senkung wird das strapazierte Vertrauen in die zweite Säule weiter untergraben. «Eine Senkung quasi auf Vorrat entspricht nicht dem Willen des Gesetzes», betont der SGB, zumal das Jahr 2019 «mit der besten je gemessenen Performance» endete. Jetzt muss der Bundesrat entscheiden. | *sgb*

Schwangere gelten als Risikopersonen

Das Bundesamt für Gesundheit hat die mehrfach vom VPOD erhobene Forderung erfüllt, wonach Schwangere in Bezug auf Covid-19 als Risikopersonen zu behandeln sind. Sie wurden in die Liste der besonders gefährdeten Personen aufgenommen. Konkret heisst dass, dass der Arbeitgeber der Schwangeren eine Arbeit zuweisen muss, bei der die Distanzmassnahmen eingehalten werden können. Ist dies nicht möglich, müssen Schwangere ins Homeoffice. Wenn auch das nicht geht, hat eine Freistellung mit Anrecht auf Lohnfortzahlung zu erfolgen. | *unia/slt*

Angriff auf Überbrückungsleistung kontern

Mit der Überbrückungsleistung (ÜL) für ältere Arbeitslose hatte das Parlament beschlossen, Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben und kurz vor der Pensionierung ihre Stelle verlieren, eine bessere Perspektive als die Sozialhilfe anzubieten. Der SGB unterstützt dieses neue Sozialwerk. Eine Gruppe von SVP-Mitgliedern, die sich angeblich als Einzelpersonen engagieren, hat inzwischen das Referendum angekündigt – ein frontaler Angriff auf die Arbeitnehmenden. Der SGB wird die ÜL mit Überzeugung verteidigen. Erstaunlich ist es schon, dass dieses Auffangnetz für mittellose Arbeitnehmende ausgerechnet von denjenigen in Frage gestellt wird, die nichts dagegen haben, dass ein ehemaliger Bundesrat und Milliardär rückwirkend eine Rente von 2,7 Millionen Franken erhalten soll. | *sgb*

Kein AHV-Abbau zulasten der Frauen

«Wir brauchen eine Stärkung der AHV, keinen Abbau, gerade um den Rentenrückstand der Frauen zu beseitigen.» So äussert sich SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard zu einem neuen bürgerlichen Angriff auf die AHV. Nach diesen Plänen soll die Kompensation für die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre geringer ausfallen als vom Bundesrat vorgeschlagen. Der SGB findet das «respektlos»; die Lebensläufe der Frauen würden weiterhin nicht angemessen berücksichtigt. | *sgb*

Corona trifft die Jungen stärker

In der Schweiz – wie weltweit – sind Jugendliche und junge Erwachsene von Stellenverlust wegen Corona überdurchschnittlich betroffen. Gemäss Seco hat sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Juli 2020 gegenüber dem Juli 2019 um 50,6 Prozent erhöht, jene der *jungen* Arbeitslosen (15 bis 24 Jahre) im Vergleich zum Vorjahresmonat aber um 65,3 Prozent. Besonders stark trifft es die jungen Männer (Anstieg um 69,3 Prozent). | *slt*

Bankpersonalverband kritisiert Credit Suisse

Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) kritisiert die Credit Suisse, weil sie in einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit restrukturiert und Stellen streicht, während sie gleichzeitig zur Jahresmitte 2,5 Milliarden Franken Gewinn schreibt. Der Finanzsektor blieb im Gegensatz zu anderen Branchen von der Coronakrise weitgehend verschont, weswegen der Abbau einem Mangel an Solidarität gegenüber den Arbeitnehmenden gleichkommt. | *sbpv (Foto: Credit Suisse)*

Ehemalige Mitglieder blicken auf die Revolutionäre Marxistische Liga/Sozialistische Arbeiterpartei zurück

Haupt- und Nebenwidersprüche

Ein grosses Dokumentationsprojekt erhellt die Geschichte der revolutionären Linken nach 1968. In der Revolutionären Marxistischen Liga formierte sich der Trotzkismus in der Schweiz. Ehemalige erinnern sich.

Text: *Christoph Schlatter (Illustration: Schweizerisches Sozialarchiv)*

Eine Geschichte der trotzkistischen Bewegung in der Schweiz zu schreiben, war nicht die Absicht von Jacqueline Heinen. Die Autorin, emeritierte Soziologieprofessorin, ist vielmehr selber Teil der Untersuchungsanlage: Sie gehörte in den Jahren nach 1968 der Revolutionären Marxistischen Liga RML (später: Sozialistische Arbeiterpartei SAP) an, der Schweizer Sektion der IV. Internationale. Diese Kinder von 1968 strebten einen Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung an, wandten sich aber zugleich scharf gegen den realexistierenden im Ostblock.

Ein Fehler im System?

Ihrer Meinung nach wäre alles gut gekommen, wenn im Machtkampf nach Lenins Tod nicht Stalin, sondern Trotzki gesiegt hätte. Aus Distanz kann man sich natürlich mit Fug und Recht fragen, ob nicht bereits die Tatsache eines derartigen Diadochenkampfs der Beleg für einen Fehler im System ist. Zumal angesichts vergleichbarer Entartung von Nicaragua bis Venezuela. Jedenfalls war ein nicht unbedingt grosser, aber intellektuell imposanter Teil der damals Studierenden bei der RML. Und zwar trotz der Tatsache, dass man dort nicht einfach so, sondern erst nach dem Absolvieren von Schulungskursen Mitglied werden konnte. Und trotz Mitgliederbeiträgen, die mit 10 Prozent des Einkommens exorbitant waren. (Ausser natürlich für einkommensschwache Studierende.)

An einem gross angelegten Erinnerungsprojekt haben sich nun 110 Ehemalige beteiligt, indem sie einen offenen Fragebogen ausgefüllt und darin über ihre damalige Politisierung ebenso wie über die spätere Biografie Auskunft gegeben haben. Es handelt sich schwergewichtig um Jahrgänge der späten 1940er und der frühen 1950er Jahre. Darunter sind viele, die später in Gewerkschaften Karriere gemacht haben, etwa Vasco Pedrina (GBI, später Unia), Beat Ringger und Pierre-Yves Oppikofer (VPOD). Auch der Autorin fällt die starke Repräsentanz späterer Gewerkschafter auf: «Dies lässt sich als Wunsch interpretieren, das gegenwärtige oder vergangene politische Engagement mit einer beruflichen Tätigkeit weiterzuführen, mit welcher man in direktem Kontakt mit dem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten steht.»

Ebenso augenfällig ist, «dass nur sehr wenige ZeugInnen zur ArbeiterInnen-Klasse gehören», obwohl die Rhetorik der RML stetig um diese kreiste. Der Eisenbahner, der Mechaniker, die Pflegefachfrau – sie sind die Ausnahme unter all den leitenden Angestellten, Anwälten, Professoren und Mittelschullehrern, in die sich die einstigen Revolutionäre verwandelt haben. Die männliche Form steht hier nicht zufällig, denn die ungleichen Geschlechterverhältnisse zogen sich auch durch die Organisation selbst. Die Frauenfrage als Nebenwiderspruch der Klassenfrage? Viele sahen es so. Die RML war «eine Männerpartei», war «bis zum Schluss patriarchalisch», «fast alle massgeblichen Figuren waren Männer», «unter den ‹Gurus› war keine Frau zu finden». So dass sich viele Frauen lieber in rein weiblichen Strukturen – der Frauenbefreiungsbewegung FBB nämlich – engagierten.

Seilziehen: Plakat der Zuger RML.

Beachtlicher Mut

Wurde intern ernstlich Demokratie gelebt? Welche Hoffnung verband man mit den Befreiungsbewegungen etwa in Vietnam oder Nicaragua? Welches Verhältnis zur Gewalt? Zur Armee? Zur GSoA? Zu den Maoistinnen und zur Moskau noch immer nicht entsagenden PdA? Zu diesen und vielen weiteren Fragen steuert das Buch die (durch zeitliche Distanz geläuterten) Sichtweisen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bei. Auch zur sogenannten Proletarisierung: der Aufforderung an die intellektuellen Mitglieder, sich via Fabrikarbeit unters Proletariat zu mengen und die Revolution von dort aus in Gang zu bringen. Was bekanntlich nicht gelang.

Der Auseinandersetzung mit ihrer persönlichen und kollektiven Vergangenheit stellt sich eine grosse Zahl der ehemaligen RML- und SAP-Leute mit beachtlichem Mut. Auffällig ist zudem eine bemerkenswerte Konstanz hinsichtlich der sozialen Kernüberzeugungen.

Jacqueline Heinen et al.: 1986 … Jahre der Hoffnung. Rückblick auf die Revolutionäre Marxistische Liga/Sozialistische Arbeiterpartei, Zürich (Edition 8) 2019, 343 Seiten, 28 CHF.

VPOD-Umfrage zeigt: Lehrpersonen haben die Bildungseinrichtungen durch die Coronakrise getragen

Engagiert improvisiert

600 Lehrpersonen aller Stufen haben den VPOD-Fragebogen zum Lockdown ausgefüllt. Die unerwartete Änderung haben sie mit grosser Flexibilität und enormem Engagement bewältigt. Auch wenn sie teilweise an ihre Grenzen kamen. | **Text:** *Christine Flitner, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: ilbusca/iStock)*

Kann sich noch jemand an Ende Februar dieses Jahres erinnern? Als wir noch zuversichtlich Sitzungen, Chorproben und Reisen planten? 14 Tage später war alles anders, die Flughäfen im Rückführmodus, die Chorproben abgesagt, die Schulen geschlossen. Beeindruckend war von aussen gesehen die Schnelligkeit, mit der die Schulen und Hochschulen auf Fernunterricht umstellten. Doch wie sah das von innen aus? Was hat geklappt und was war schwierig? Und was lässt sich nach den Wochen und Monaten des Fernunterrichts darüber sagen?

Erfahrungen und Emotionen

Wir wollten genauer wissen, welche Erfahrungen die Lehrpersonen und Dozierenden im Homeoffice gemacht haben und haben sie befragt. Dabei ging es uns weniger darum, Statistiken zu erstellen als konkrete Rückmeldungen zu erhalten, wie sich der Lockdown für sie im Alltag abgespielt hat. Die Anzahl der Kommentare, Erläuterungen und Details war überwältigend; das hat uns einen lebhaften Eindruck von den vielfältigen, teils widersprüchlichen Erfahrungen und auch Emotionen gegeben, welche die vergangenen Monate ausgelöst haben.

Über 600 Lehrpersonen aller Stufen haben sich die Zeit genommen, den ganzen Fragebogen durchzugehen und uns differenzierte, informative und zum Teil auch bewegende Antworten und Auskünfte zu geben. Diese lassen sich nicht über einen Kamm scheren. Trotzdem gibt es einen Grundtenor: Die vergangenen Monate waren sehr anstrengend und herausfordernd, manch eine stiess an die Grenze der Überforderung, doch die Lehrpersonen haben sich auf allen Stufen mit grosser Bereitschaft, Flexibilität und Energie auf die völlig unerwartete Situation eingelassen und versucht, nicht nur den Bildungsauftrag einzulösen, sondern an vielen Stellen darüber hinaus auch zur Stabilisierung der Kinder in dieser ungewöhnlichen Situation beizutragen.

Eine wichtige Erkenntnis aus der Befragung, die sich im Übrigen mit den Erfahrungen an vielen anderen Orten deckt: In Krisen zeigt sich alles überdeutlich: Was auch sonst nicht funktioniert, funktioniert erst recht nicht. Was sonst klappt, klappt trotzdem. Die Rückmeldungen zu den Schulleitungen reichen von «katastrophal» und «unterirdisch» bis zu «differenziert, wertschätzend, stützend, ermutigend». Einige Schulleitungen waren offenbar komplett überfordert und zogen sich auf hierarchische Direktiven zurück, während andere die Bewältigung der Krise zusammen mit den Lehrpersonen in Angriff nahmen. Ähnlich waren die Rückmeldungen zur gegenseitigen Unterstützung in den Teams. Dort, wo die Zusammenarbeit auch sonst funktioniert, konnte darauf zurückgegriffen werden. Andere Lehrpersonen fühlten sich komplett allein gelassen.

Digitalisierung? Da fehlt noch was!

Erhellend sind auch die Rückmeldungen zum Einsatz der digitalen Mittel, welche die Basis für den Fernunterricht boten. Die wichtigste Erkenntnis: Schon bei der Hardware hapert es, bei der Software und beim Datenschutz erst recht! Im Einzelnen: Viele Schülerinnen und Schüler (keineswegs alle!) haben heutzutage zwar ein Smartphone, aber trotzdem gibt es in vielen Familien keinen Computer, keinen Drucker, bei manchen gab es keine Kamera, der Ton funktionierte nicht oder die Internetverbindung kam an ihre Grenzen. Dazu standen in Familien mit mehreren Schulkindern und eventuell noch Eltern im Homeoffice nicht ausreichend Geräte und ruhige Arbeitsplätze zur Verfügung. Faktisch hatten viele Kinder daher nur ein Smartphone oder das Smartphone der Eltern zur Verfügung. Teilweise mussten noch Geräte organisiert werden, bis hin zu privaten Geräten der Lehrpersonen.

«Ich habe Kinder zuhause besucht und Aufgaben und Material abgegeben, damit sie sinnhaft tätig werden konnten. Viele besitzen keinen Computer – oder einen Computer, der ebenfalls von Eltern oder Geschwistern genutzt werden sollte.»

«Mich hat das Nebeneinander der Betreuung meiner 3 Kinder, deren Homeschooling einerseits und des Distance Teaching andererseits, an die absolute Grenze meiner Kapazitäten gebracht. Ich weiss nicht, ob ich noch längere Zeit durchgehalten hätte.»

Die Lehrpersonen verfügen in der Regel über eigene Rechner, allerdings sind auch dabei viele Fragen ungeklärt, insbesondere Themen wie Datenschutz, Kommunikationskanäle, Verfügbarkeit, Programme und Sicherheitsbestimmungen, Support bei Problemen etc. Auch die Finanzierung eigener Geräte ist an vielen Orten vage oder überhaupt nicht geregelt, an den Hochschulen noch weniger als in der obligatorischen Schule.

Das grosse Missverständnis

Ein weiteres Thema ist die Frage der Vereinbarkeit, konkret: die Frage von Betreuungspflichten und Homeoffice. Immer noch glauben viele Menschen, Homeoffice sei eine Möglichkeit, Betreuungspflichten und Erwerbsarbeit gleichzeitig zu erledigen. Das ist auch während der Coronakrise deutlich geworden. Zahlreiche Schulleitungen waren offenbar der Meinung, Kinderbetreuung sei problemlos mit dem Homeoffice vereinbar.

Einen Computer für sich allein? Viele Kinder hatten im Lockdown nicht so gute Voraussetzungen fürs Distance Schooling.

Die vom Bundesrat geschaffene Möglichkeit zur Freistellung mit Lohnersatz für Kinderbetreuende war generell wenig bekannt. Zwar gaben 30 Prozent der Befragten an, Kinder unter 16 zu betreuen, doch hatten auch diese vielfach keine Kenntnis von der Möglichkeit der Freistellung.

Einige Lehrpersonen antworteten aber auch, dass das Verantwortungsgefühl gegenüber den Schülerinnen und Schülern es nicht zugelassen habe, sich in dieser Situation zurückzuziehen. Deutlich wurde gleichzeitig, dass auch Personen ohne Betreuungspflichten im eigenen Haushalt teilweise vielfältige Zusatzbelastungen managen mussten. Insbesondere die psychische und physische Versorgung von alten Eltern wurde mehrfach erwähnt.

Lehrpersonen am Rande?

Nicht überraschend, dass einige Lehrpersonen durch die vielfältigen Belastungen an den Rand ihrer Kräfte gekommen sind. Allerdings haben die meisten die Zeit gut durchgestanden, trotz des erheblichen Mehraufwands, welchen der Fernunterricht teilweise generierte – ein Mehraufwand übrigens, der an erschreckend vielen Orten von den Vorgesetzten ignoriert wurde. Wertschätzung sieht anders aus!

Die Krise ist nicht vorbei, und die ersten Tage im neuen Schuljahr zeigen, dass der Herbst von Quarantänen, wechselnden Maskenvorschriften, vielfältigen Schutzkonzepten und Regelungen geprägt sein wird. Eltern berichten, dass ihre Kinder anders als in früheren Jahren dem Schulanfang mit wenig Vorfreude entgegengesehen haben. Nach wie vor ist noch viel Improvisation verlangt. Doch es können aus unserer Umfrage auch klare Schlüsse für die Zukunft gezogen werden:

- Einige Schulleitungen müssen über die Bücher, was ihre Führungsmethoden und den Informationsfluss angeht. Top-down-Direktiven ohne Rücksprache mit den Lehrpersonen sind nicht einfach schlechter Stil, sondern es geht dabei auch wertvolles Erfahrungswissen der Lehrpersonen verloren. Zudem entsteht ungute Stimmung innerhalb des Teams, es kommt zu verstecktem Widerstand, zu Handlungsunfähigkeit, die Erschöpfung bei Lehrpersonen nimmt zu. Die Unterschiede in Bezug auf Resilienz bei den Lehrpersonen in der Krise waren auffallend häufig mit negativen Rückmeldungen zum Verhalten der Schulleitung verbunden.
- Der ganze Themenkomplex «digitale Hilfsmittel» muss gründlich angesehen werden. Hier haben die Lehrpersonen jetzt ausführliche, vielfältige Erfahrungen gesammelt, die aufgegriffen und in konkrete Massnahmen umgewandelt werden müssen, auch im Hinblick auf mögliche weitere Phasen des Fernunterrichts.
- Auch das Thema Vereinbarkeit gehört auf die Agenda: Homeoffice und Kinderbetreuung sind nicht gleichzeitig zu machen.

«Nachfragen wurden grundsätzlich als persönliche Kritik verstanden. Null Einbezug von uns Lehrpersonen, sondern ausschliesslich Verkündigung von unumstösslichen Entscheiden von oben herab.»

Viele weitere Themen wurden in den Antworten angesprochen, die wir hier nicht darstellen können. Ein ungelöstes Problem blieb offenbar (zumindest teilweise) die Beschulung ausserhalb des Regelunterrichts: Die Kinder in den Asylbewerberheimen erhielten gar keinen Unterricht, obwohl die Lehrpersonen bereitstanden, und auch bei der Beschulung von geistig Behinderten kam der Fernunterricht definitiv an seine Grenzen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Aber alles in allem muss man sagen: Hut ab vor den Lehrpersonen, die schnell, flexibel und mit hohem Engagement dafür gesorgt haben, dass der Unterricht weiterläuft. Sie stehen auch jetzt bereit, die Defizite aufzufangen, die notgedrungen bei einigen Schülerinnen und Schülern eingetreten sind.

«Alle Entscheidungen wurden im Krisenstab getroffen, die Informationen waren immer transparent und an die jeweiligen Empfehlungen des BAG angepasst.»

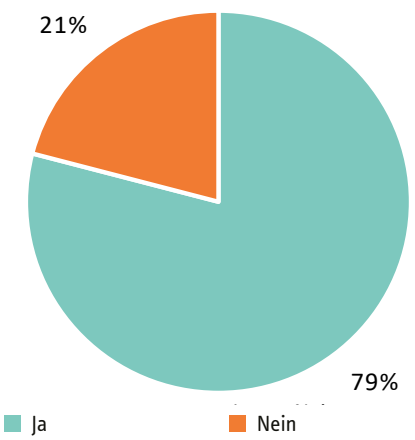
Eine umfassendere Auswertung der Umfrage findet sich auf unserer Website www.vpod.ch.

Beträchtlicher Nachholbedarf: Die Befragung in Zahlen

Insgesamt haben 644 Lehrpersonen die Befragung ausgefüllt und uns ihre teilweise ausführlichen Kommentare geschickt, aus allen Schulstufen vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die Mehrheit (54 Prozent der Antwortenden) arbeitet Teilzeit mit einem Pensum von über 50 Prozent, 29 Prozent sind in Vollzeit angestellt. Nicht unerwartet sind gut drei Viertel der Lehrpersonen in unserer Umfrage Frauen. Knapp 30 Prozent leben mit Kindern unter 16 im Haushalt, dazu wurden noch zahlreiche andere Betreuungspflichten genannt, die sich vor allem auf die Fürsorge für alte Eltern oder auch ältere Kinder mit besonderen Bedürfnissen beziehen.

Zu den Inhalten: Der Informationsfluss während der Krise funktionierte offenbar, 80 Prozent gaben an, sich von den Vorgesetzten/Schulleitungen ausreichend informiert gefühlt zu haben, die Unterstützung durch die Vorgesetzten fanden aber nur noch 60 Prozent ausreichend. Auch die Kommunikation mit den Kolleginnen und Kollegen scheint mehrheitlich geklappt zu haben, das fanden über 90 Prozent. Ebenso die Kommunikation mit den Schülerinnen und Schülern bzw. den Studierenden, wobei es da unter anderem viele technische Hürden zu überwinden galt.

Ich fühlte mich von der Schulleitung / den Vorgesetzten ausreichend informiert.



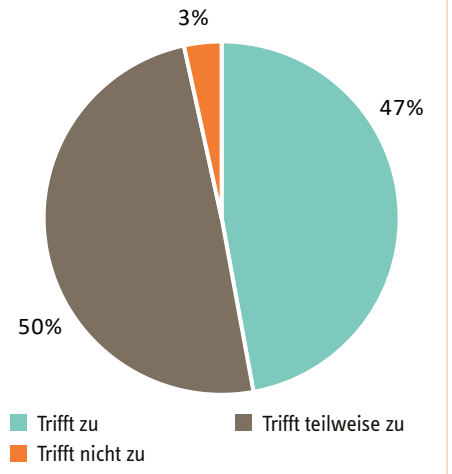
Die Lehrpersonen selbst verfügten grossmehrheitlich (knapp 90 Prozent) über die nötige technische Ausstattung, um den Fernunterricht zu bewältigen, wobei die Mehrheit die Geräte privat besitzt (an einigen Einrichtungen gibt es einen kleinen finanziellen Support für private Geräte). Immerhin die Hälfte gab auch an, bei technischen Problemen Support durch den Arbeitgeber bekommen zu haben.

Sehr viel schlechter sieht es auf der Seite der Schülerinnen und Schüler aus: Aus Sicht der Lehrpersonen hatte nur knapp die Hälfte (48 Prozent) die notwendige technische Ausrüstung, um dem Unterricht zu folgen und die Aufgaben zu erledigen. Erwähnt wurden fehlende Geräte, fehlender Zugang (weil andere Familienmitglieder auch Bedarf hatten), unzureichende Internetverbindung, fehlende Ausstattung der Geräte (Kamera, Audio), fehlende Drucker und fehlendes Know-how der Eltern. So mussten viele Lehrpersonen improvisieren, Geräte organisieren und die Aufgaben und Unterlagen auf Smartphone-Lesbarkeit ausrichten, um die Kommunikation zu gewährleisten.

Bedauerlich sind auch die Rückmeldungen zum Thema Vereinbarkeit. Obwohl ein Drittel der Lehrpersonen Betreuungspflichten für Kinder unter 16 hatte, hatten nur 20 Prozent überhaupt von der Möglichkeit der Freistellung für Betreuungsaufgaben gehört. In Anspruch genommen haben sie weniger als 1 Prozent; die anderen haben sich notgedrungen arrangiert.

Wie sah es mit der Mehrarbeit infolge der Schliessung der Bildungseinrichtungen aus? 84 Prozent bejahten einen Mehraufwand (uneingeschränkt: 44 Prozent, «teilweise» 40 Prozent). Allerdings war das für die Schulleitungen offenbar kein Thema: 65 Prozent gaben an, dass der Arbeitgeber das Thema «Mehraufwand» nicht angesprochen hat, zumindest bisher nicht, und

Die Kommunikation mit den Schülerinnen und Schülern / Studierenden hat gut funktioniert.



einen finanziellen oder zeitlichen Ausgleich haben nur knapp 5 Prozent erhalten. Dagegen erwähnten knapp 9 Prozent (vor allem im Bereich der Erwachsenenbildung), dass der Arbeitgeber fordere, in der Krise aufgelaufene Minusstunden nachzuarbeiten, obwohl das arbeitsrechtlich nicht vorgesehen ist.

Für das neue Schuljahr erwarten sich etwa 28 Prozent der Lehrpersonen zusätzlichen Aufwand durch den Nachholbedarf der Schülerinnen und Schüler, ebenso viele können noch keine Prognose abgeben. Von konkreten Massnahmen dazu in ihrer Einrichtung wussten zum Zeitpunkt der Befragung nur knapp 9 Prozent der Befragten.

Eine Mehrheit der Befragten (56 Prozent) fühlt sich dennoch gut vorbereitet fürs neue Schuljahr, 21 Prozent fühlen sich nicht ausreichend vorbereitet (23 Prozent wussten es nicht). Hier wie auch beim Thema Vereinbarkeit gab es bei den Kommentaren zahlreiche Rückmeldungen, die auf einen hohen Erschöpfungsgrad bei vielen Lehrerinnen und Lehrern schliessen lassen, der unbedingt ernst genommen werden muss! | *Christine Flitner*

Lohndumping mit Staatsgeld? Das Bodenpersonal am Flughafen Zürich setzt sich zur Wehr

Brodeln in Kloten

Am Flughafen Zürich geht es drunter und drüber. Die Lufthansa-Tochter Swiss will auf dem Rücken des Personals sparen; die Swiss gibt den Druck an die Zulieferbetriebe weiter. Die Coronakrise wird so zum Vorwand für langgehegte Abbaupläne an Orten, wo es keinen weiteren Abbau verträgt. | Text: *VPOD (Foto: vpod)*

Der Lufthansakonzern, zu welchem die Swiss gehört, verlangt von den Tochtergesellschaften massive Kostensenkungen: Er will die von der deutschen Bundesregierung gewährten Kredite möglichst rasch zurückzahlen, damit er die verlangten Umweltauflagen nicht einhalten muss. Die Swiss gibt diesen Druck ungefiltert weiter: Von den Zulieferern, insbesondere vom Gepäckabfertiger Swissport, verlangt sie eine Preisreduktion um 20 Prozent. Andernfalls werde man die Konkurrenz berücksichtigen.

Warnstreiks für Sozialplan

Swissport ist der mit Abstand grösste Groundhandling-Betrieb am Flughafen Zürich. Die Firma ist im Besitz des chinesischen HNA-Gruppe; der kleinere Konkurrent Dnata gehört den Emiraten. Bei Swissport ist die Rede von einer Lohnsenkung von 15 Prozent; der in Kraft stehende GAV sähe eigentlich eine Reallohnerhöhung von 5 Prozent vor. Der VPOD hat an einer Vollversammlung mit 350 Mitgliedern beschlossen, in Verhandlungen einzusteigen, gleichzeitig aber die Mitglieder am Flughafen zu mobilisieren. Insbesondere geht es um die Rettung des Sozialplans, der als separate Vereinbarung ausgestaltet ist. Falls diese fiele, käme es zu Warnstreiks, die rasch den ganzen Flughafen lahmlegen könnten.

Schon jetzt ist eine Mobilisierung geplant, und zwar für Freitag, 11. September, 11 Uhr, beim Check-in 1 im Flughafen Zürich. Motto: «Kein Lohndumping mit Steuergeld». Die weiteren Verbände am Flughafen (Kapers, SEV-Gata, KV) wollen sich der Aktion anschliessen. Stefan Brülisauer, VPOD-Sekretär Luftverkehr, betont, dass dem VPOD die schwierige Lage des Luftverkehrs im Gefolge der Coronakrise sehr wohl bewusst ist und dass man deswegen auch zu markanten Zugeständnissen bereit war, bei Swissport etwa zum Verzicht auf Entschädigung aufgelaufener Überstunden oder auf die zuvor ausgehandelte Lohnerhöhung. Das vor Ort vereinbarte Ergebnis wurde allerdings von der internationalen Konzernspitze zurückgewiesen, was für eine Verhärtung der Fronten sorgte. Noch steht die Tür für Verhandlungen offen.

Die Arbeitgeberseite argumentiert mit Corona; es ist aber offensichtlich, dass sie die Krise zum Vorwand nehmen will, um den Konzern «gesundzuschrumpfen». So sollen neue Investoren angelockt werden. Dieses «Spiel» können die Beschäftigten nicht mitspielen, denn ihre Löhne bewegen sich schon heute am Existenzminimum.

Am 27. September: Ja zum Vaterschaftsurlaub, Nein zu den Steuerabzügen für reiche Eltern – beides im Sinne der Vereinbarkeit

Die Schweiz muss aufholen

Am Supersonntag kommen gleich zwei Vorlagen zur Abstimmung, die Einfluss auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben. Das Vaterschaftsurläubchen ist besser als nichts. Die Erhöhung der Kinderabzüge bei der Bundessteuer wäre kontraproduktiv. | **Text:** *Natascha Wey, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: LightFieldStudios/iStockphoto)*

Regelmässig belegt die Schweiz auf internationalen Ranglisten zur Gleichstellung der Geschlechter einen der hinteren Ränge. Einer der Gründe für diese schlechte Platzierung ist das Fehlen einer Elternzeit – oder wenigstens eines Vaterschaftsurlaubs. Geht es nach dem Bundesrat, so soll mit der Abstimmung vom 27. September zumindest ein Vaterschaftsurläubchen von 10 Arbeitstagen geschaffen werden.

Zu kurz zwar, aber…

Am Anfang der Diskussion stand die Initiative von Travail Suisse für einen Vaterschaftsurlaub. Diese sah 4 Wochen dafür vor; sie wurde aber letzten Herbst zurückgezogen, nachdem das Parlament in seiner Beratung einen indirekten Gegenvorschlag von 2 Wochen beschlossen hatte. Weil innerhalb der Frist noch ein Referendum aus besonders mutigen SVP-Mannen und -Frauen und radikal-libertären Kreisen zusammengekommen ist, darf die Stimmbevölkerung am 27. September darüber entscheiden.

Für den VPOD ist klar: Ein Nein zu diesem Urläubchen wäre schlicht frauenfeindlich. Denn diese ersten 10 Tage Vaterschaftsurlaub dienen in erster Linie der Entlastung der Mütter, die sich nach immer kürzeren Spitalaufenthalten von der Entbindung erholen müssen und daher zuhause auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Gewiss: Auch 10 Tage Vaterschaftsurlaub können einen Beitrag dazu leisten, dass der Papa und das Kind eine Beziehung aufbauen und dass die Sorge auch später geteilt werden kann. Es ist aber auch klar, dass 10 Arbeitstage für vieles schlicht zu kurz sind und bei Weitem nicht alle Probleme lösen.

Finanziert wird der Vaterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung EO. Die Kosten belaufen sich pro Jahr auf 230 Millionen Franken und werden hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden finanziert. Dazu wird der EO-Beitrag von 0,45 auf 0,5 Prozent angehoben. Auf die Medianlöhne gerechnet heisst dies: Tieflöhnerinnen bezahlen rund 13.50 Franken pro Jahr für den Vaterschaftsurlaub, die mit den höheren Löhnen rund 20 Franken. Das ist eine verkraftbare Ausgabe. Und natürlich ist der Vaterschaftsurlaub auch KMU-freundlich: weil er über eine solidarische Finanzierung gleich lange Spiesse schafft. Damit eben nicht nur grosse Unternehmen attraktiv sind für Väter bzw. solche, die es werden wollen.

Ein Einfallstor?

Die Gegnerinnen und Gegner lehnen den Vaterschaftsurlaub aus verschiedenen Gründen ab; das Kostenargument ist eines davon. Die grössere Rolle dürfte allerdings spielen, dass sie die Neuerung als Einfallstor für eine mögliche Elternzeit verstehen. Aus VPOD-Sicht ist diese Angst absolut begründet. Der Vaterschaftsurlaub ist ein Mini-Schrittchen in der Debatte um Vereinbarkeit und Gleichstellung, quasi das leichte Anheben des grossen Zehs. Will die Schweiz gleichstellungspolitisch substanzielle Sprünge machen, braucht es eine Elternzeit, die diesen Namen verdient und die effektiv dazu beiträgt, dass alle Geschlechter sich die Erwerbs- und Familienarbeit fortschrittlich aufteilen können.

Während der Vaterschaftsurlaub einen wenn auch kleinen Fortschritt zugunsten der Vereinbarkeit bringt, würde ein Ja zu mehr Steuerabzügen für reiche Eltern diese Bestrebung wieder torpedieren. Die Geschichte der Vorlage «Erhöhung der Kinderabzüge bei den Bundessteuern», über die am 27. September ebenfalls abgestimmt wird, ist schnell erzählt: Das Parlament hat eine sowieso schon schlechte Bundesratsvorlage (mit dem ursprünglichen Namen «Steuerliche Berück-

Blankocheck für milliardenteure Kampfjets?

Nein zu Luxusjets

Neben der wichtigen europapolitischen Weichenstellung (siehe Dossier, Seiten 13 bis 18) und den beiden familienpolitischen Fragen (oben) gelangen am Supersonntag zwei weitere eidgenössische Vorlagen an die Urne. Zum Jagdgesetz äussern sich die Gewerkschaften nicht, weil sie für Menschen, nicht für Tiere kämpfen. Bei den Kampfjets verhält es sich anders: 6 Milliarden Franken für einen Blankocheck zum Kauf von Luxusjets? Das ist viel Geld – zu viel Geld in einer Zeit, in der die Bedrohungen offensichtlich ganz andere sind. Und die 6 Milliarden sind auch noch längst nicht die ganze Rechnung: Über ihre gesamte Lebensdauer werden die Flugzeuge ungefähr 24 Milliarden Franken verschlingen. Für die luftpolizeilichen Aufgaben, für die sie vorgesehen sind, wären auch wesentlich leichtere und billigere Jets geeignet, die aber vom VBS noch nicht einmal geprüft wurden. | *vpod (Foto: jsaunders84)*

Stärkt die Vater-Kind-Beziehung: Vaterschaftsurlaub.

sichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten») noch weiter verschlimmbessert. Wir sind als VPOD dagegen, weil sie Steuerausfälle von 380 Millionen Franken verursacht und weil von den Abzügen nur Topverdienende – rund 6 Prozent aller Haushalte – profitieren.

Anfängliche Idee nachvollziehbar

Die eigentliche Idee des Bundesrates, gutverdienenden Zweieinkommenshaushalten mit Kindern die Möglichkeit zu geben, bei den Drittbetreuungskosten statt den heute möglichen 10 100 Franken neu 25 500 Franken von den Steuern abzuziehen, wäre aus gleichstellungspolitischen Gründen noch ein My nachvollziehbar gewesen. Natürlich ist es sinnvoll, wenn beide Elternteile am Erwerbsleben teilnehmen und sich die Erwerbsarbeit speziell für Frauen lohnt. Aber schon bei der ursprünglichen Vorlage wäre die sozialpolitische Verteilung der drohenden Steuerausfälle zugunsten der sehr Privilegierten ausgefallen, obschon auch die Familien mit tiefen und mittleren Einkommen hierzulande mit den viel zu hohen Kinderbetreuungskosten kämpfen müssen und dringend Entlastung bräuchten.

Verändert wurde die Vorlage dann massgeblich durch einen Antrag der CVP. Die (in diesem Fall tatsächlich) Konservativen wollten nicht nur Familien entlasten, die ihre Kinder extern betreuen lassen, sondern auch diejenigen, wo Mami zuhause bleibt. Diese Forderung ist ein Element der 2013 abgelehnten SVP-Familieninitiative und letztlich eine versteckte Herdprämie. Finanziell hatte der CVP-Antrag ebenfalls beachtliche Konsequenzen: Aus 10 Millionen Steuerausfällen wurden 380 Millionen, davon 80 Millionen zulasten der Kantone.

Davon, was Steuerausfälle vor allem in den Tiefsteuer-Kantonen bedeuten, kann der VPOD mehr als ein Liedchen singen. Es darf nicht sein, dass am Ende die reichsten Familien in diesem Land entlastet werden, indem in den Kantonen weitere Spar- und Abbauprogramme durchexerziert werden. Die kantonalen Finanzdirektoren lehnen die Vorlage denn auch ab.

Dringendere Anliegen

Und natürlich ist auch der VPOD für ein Nein. Für uns ist klar: Im Feld der Kinderbetreuung und der Gleichstellung gibt es viele nützliche und notwendige Massnahmen. Dazu gehört auf jeden Fall auch, dass die Kinderbetreuungskosten für die Eltern sinken. Nirgends sonst in Europa zahlen Eltern anteilsmässig so viel für externe Kinderbetreuungslösungen. Für uns ist aber auch klar, dass eine Senkung der Elternbeiträge nur dann angezeigt ist, wenn parallel dazu Steuermillionen investiert und nicht abgebaut werden. Kinderbetreuung soll günstiger werden, sie soll Service public werden und sie soll vor allem auch qualitativ verbessert werden – indem die Betreuungsschlüssel kleiner und die Löhne für die Betreuenden höher werden. Diese Forderungen sind weissgott dringender als die steuerliche Entlastung der 6 Prozent reichsten Haushalte.

EQC 400 4MATIC, 408 PS (300 kW), Barkaufpreis: CHF 74 288.– (Fahrzeugwert CHF 84 900.–, abzüglich CHF 10 612.– Preisvorteil). 26.3 kWh/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: A. Leasingbeispiel: Laufzeit: 48 Monate, Laufleistung: 10 000 km/Jahr, eff. Jahreszinssatz: 0,9% 1. grosse Rate: CHF 18 800.–, Leasingrate ab dem 2. Monat: CHF 369.–. Ein Angebot der Mercedes-Benz Financial Services Schweiz AG. Vollkaskoversicherung obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zu einer Überschuldung des Leasingnehmers führen kann. Abgebildetes Modell: EQC 400 4MATIC, 408 PS (300 kW), inklusive Sonderausstattungen (Trittbretter in Aluminium-Optik mit Gumminoppen, hightechsilber metallic) Barkaufpreis: CHF 76 015.–, 26.3 kWh/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: A. Leasingbeispiel: Laufzeit: 48 Monate, Laufleistung: 10 000 km/Jahr, eff. Jahreszinssatz: 0,9%. 1. grosse Rate: CHF 19 150.–, Leasingrate ab dem 2. Monat: CHF 379.–. Angebot gültig bis 30.09.2020. Unverbindliche Preisempfehlung. Änderungen vorbehalten.

Eine Annahme der sogenannten Begrenzungsinitiative hätte fatale Folgen für uns alle

«Rassistisch – und verlogen dazu»

Die VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber breitet im Interview mit dem *VPOD-Magazin* die wichtigsten Argumente gegen die Begrenzungsinitiative aus, die in erster Linie eine Attacke auf gute Arbeitsbedingungen ist.

Interview: *Christoph Schlatter (Porträtfoto: SGB; Satellitenbild: RomoloTavani/iStock)*

Die SVP behauptet, mit ihrer Initiative die kleinen Leute schützen zu wollen. Echt jetzt?
Das Gegenteil ist wahr. Heute besitzen wir mit den Bilateralen und den zugehörigen flankierenden Massnahmen ein Instrument, das uns Schutz gibt. Gleiche Löhne, gleiche Arbeitsbedingungen für alle. Wenn die bilateralen Verträge fallen, fällt auch dieser Lohnschutz weg. Lohndruck ist die Folge.

Im Tessin gibt es auch heute schon Lohndruck.
Das stimmt. Ein Grund liegt darin, dass es von seiten vieler – nicht aller – Unternehmen den Versuch gibt, die Flankierenden zu umgehen und zu unterlaufen. Da ist viel kriminelle Energie im Spiel, die leider zu wenig kontrolliert wird. Mit heutigem Recht kann man Missbrauch, wenn er bekannt wird, abstellen. Ohne die Flankierenden werden wir dem Dumping hilflos gegenüberstehen.

Du wirfst der SVP vor, dass sie Probleme bewirtschaftet, statt sie einer Lösung näherzubringen.
Ich verstehe die Angst vor Dumping voll und ganz. Aber was nützt dagegen? Was hilft der 55-Jährigen, die einmal eine hochqualifizierte Fachkraft war, aber nicht ausreichend weitergebildet wurde und jetzt von ihrer Firma ausgemustert wird, weil Jüngere das Know-how schon mitbringen und erst noch billiger und flexibler sind? Wir brauchen einen besseren Kündigungsschutz für Ältere, wir brauchen Weiterbildung und Umschulung im grossen Stil, und wir müssen schauen, dass nicht in Altersarmut fällt, wer in den letzten Jahren vor der Pensionierung noch den Job verliert. Dabei haben wir immerhin mit der Überbrückungsrente einen kleinen Fortschritt erzielt. Bei all diesen realen Problemen ist es die SVP, die Lösungen verhindert. Warum? Sie hält lieber ihr ausländerfeindliches Süppchen am Köcheln.

Es wird den Menschen mit Migrationshintergrund die Schuld an allen möglichen Übelständen gegeben.
So suggeriert es die SVP-Kampagne. Ich zitiere die SVP-Website: «Der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen, und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere Kultur. Plätze, Züge und Strassen werden unsicherer.» Das ist, genau wie das neuerdings kursierende Video, rassistischer Unsinn. Speziell absurd wird es, wenn die SVP jetzt auch noch die Gefährdung der Biodiversität den Migrantinnen und Migranten anlastet. Ausgerechnet die SVP!

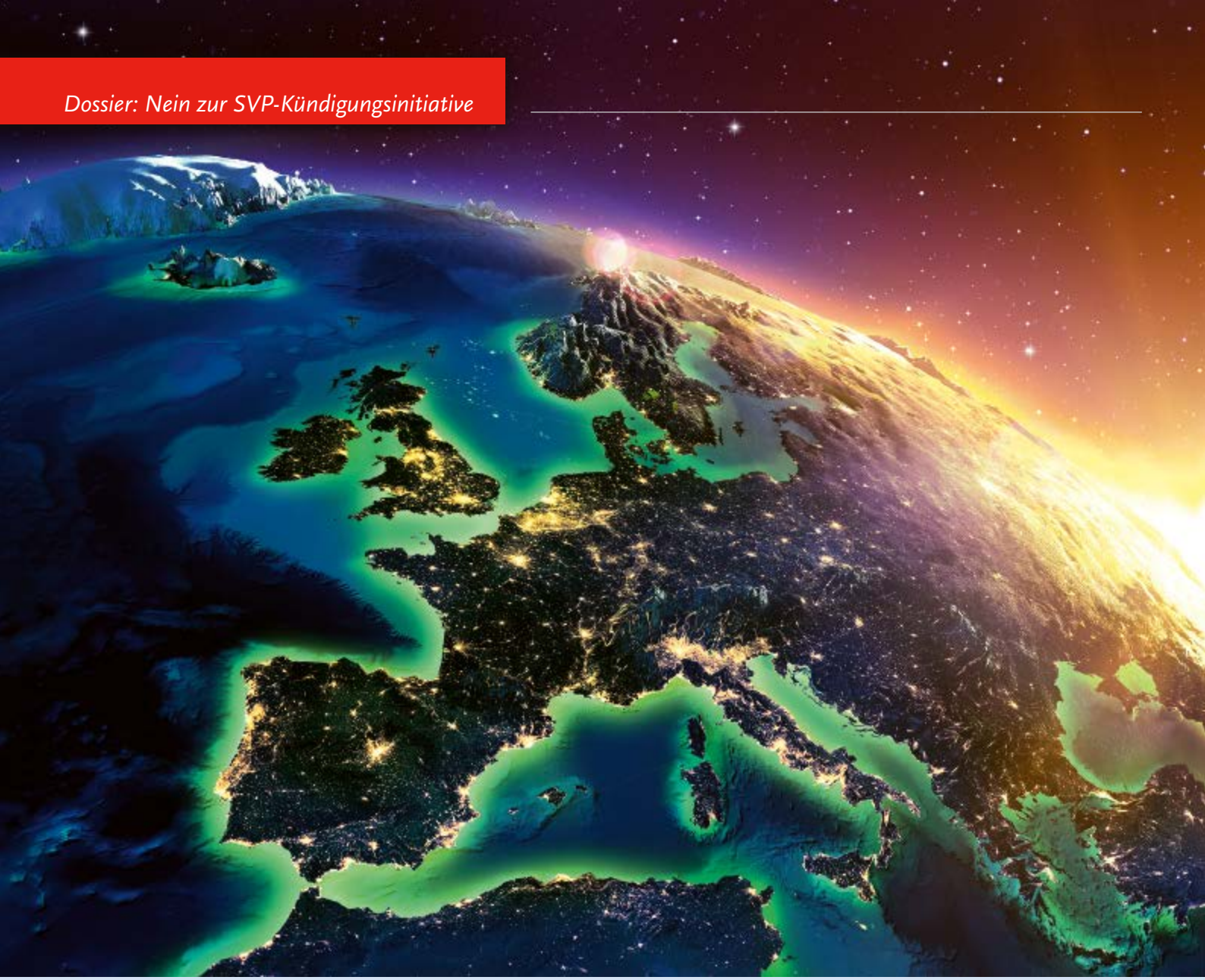
Uns wird dann aber oft Blauäugigkeit unterstellt. Wir sähen die Probleme nicht, die sich durch die Zuwanderung von anders sozialisierten Menschen hier bei uns ergeben.
Im Gegensatz zur SVP glaube ich daran, dass die Art, wie wir hier zusammenleben, eine starke Integrationskraft besitzt. Als eines der letzten Länder, die den Frauen das Stimmrecht eingeräumt haben, sollten wir jetzt nicht so tun, als ob wir die Menschenrechte erfunden hätten. Ich bestreite nicht, dass Zuwanderung auch Probleme schafft, genauso, wie auch andere Phänomene der Moderne problembehaftet sind: Mobilität, steigender Platzbedarf, übermässiger Individualismus, Entwurzelung. Lustig ist nur, dass in den Städten, dort, wo die Leute konkret zusammenleben, ein weitgehend problemloses Miteinander möglich ist…

Katharina Prelicz-Huber.

…oder manchmal auch ein Aneinander-Vorbei…
…während die grössten Fremdenfeinde dort sitzen, wo es am wenigsten Zuwanderung hat. Auch ist Integration keine Einbahnstrasse, sondern ein gegenseitiger Prozess. Und wenn ich mir vergegenwärtige, wie der Speisezettel in meiner Kindheit aussah, komme ich zum Schluss, dass die Zuwanderung unser Land oder mindestens unsere Küche bunter und vielfältiger gemacht hat.

Kündigung? Begrenzung? Entrechtung?

Worum geht es? Offiziell heisst die Volksinitiative der SVP «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)». Die Linke spricht gerne von der Kündigungs-, manche sogar von der Entrechtungsinitiative. Eigentlich hätten wir bereits im Mai über das Volksbegehren abgestimmt, aber dann kam Corona. Die SVP will in die Bundesverfassung schreiben, dass die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen ausser Kraft setzt und auch künftig keine derartigen Verträge mehr unterschreibt. Dass in der Folge auch die anderen bilateralen Verträge fallen werden, steht nicht in der Initiative – es ist aber trotzdem so. Es handelt sich also um ein Votum pro oder contra geregelte Verhältnisse mit unserem wichtigsten Nachbarn und Handelspartner. Eine Annahme der Initiative hätte fatale Folgen – nicht nur für die ohnehin coronageschädigte Wirtschaft, sondern für unser aller tägliches Leben. Sie bedeutete einen enormen Verlust von Freiheit und einen krassen Einbruch im internationalen Ansehen der Schweiz. | *vpod*



Was an einer globalisierten Welt negativ ist, würde bei Annahme der Initiative nicht verschwinden.

Es werden auch nicht weniger Ausländerinnen und Ausländer kommen. Die Wirtschaft versteht es, die Leute zu holen, die sie braucht. Und schon sind wir wieder bei Max Frischs berühmtem Wort «Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen». Insofern ist die heutige fremdenfeindliche Initiative sogar noch verlogener als seinerzeit die Schwarzenbach-Initiative. Damals sprachen die Rechtspopulisten wenigstens Klartext: Nur noch 10 Prozent sollte die ausländische Wohnbevölkerung ausmachen. Die SVP sagt noch nicht einmal, wie viele Ausländerinnen und Ausländer es aus ihrer Sicht denn vertragen würde. Sie spielt von Anfang an ein Doppelspiel.

Es ist ja offensichtlich, dass es ohne Zuwanderung gar nicht geht.

Ein Blick in ein beliebiges Schweizer Spital reicht für diese Erkenntnis aus. Ein Drittel der Arbeitnehmenden im Gesundheitswesen hat keinen Schweizer Pass. In vielen anderen Branchen sieht es ähnlich aus. Wenn man daran etwas skandalisieren möchte, dann die Tatsache, dass wir – eines der reichsten Länder – uns die Ausbildungskosten sparen, indem wir die bereits qualifizierten Leute aus anderen Ländern zu uns locken. Auch die Lage der AHV sähe ohne die Zuwanderung deutlich düsterer aus.

Es wäre eine Rückkehr zu überwunden geglaubten Zuständen – Stichwort: Saisonnierstatut.

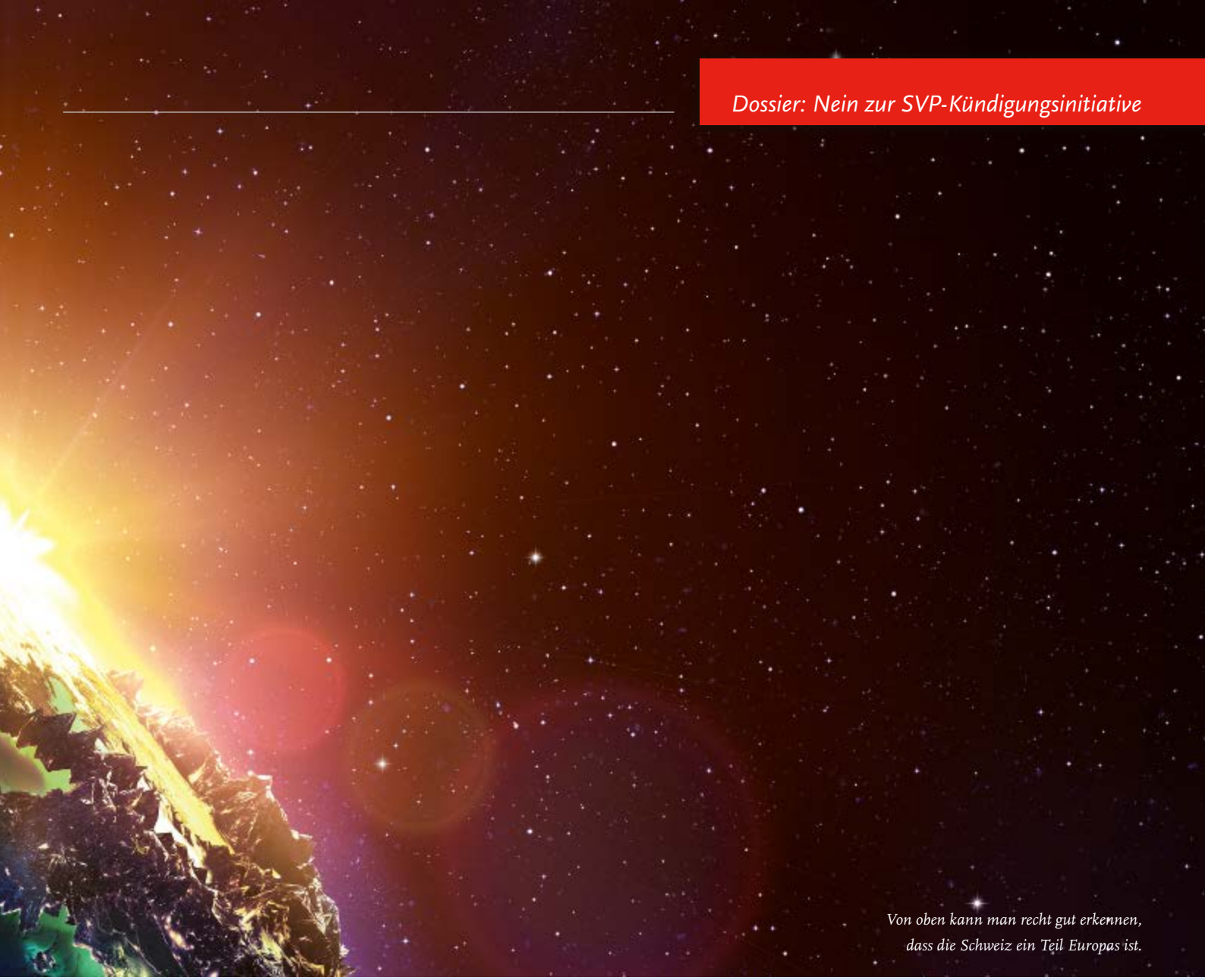
Das sagt ja auch die SVP: Die Arbeitskräfte, die wir brauchen, die holen wir dann schon. Das bedeutet, dass «billige» Leute ins Land kommen sollen, die zu unwürdigen Bedingungen hier leben und arbeiten. So wie es damals war, als die Italiener und Italienerinnen in Baracken leben und ihre Kinder verstecken mussten. Oder so, wie wir es im Zusammenhang mit Corona aus der deutschen Fleischverarbeitungsindustrie gehört haben – Arbeitskräfte, die abgeschottet in irgendwelchen Gammelwohnungen ohne Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hausen müssen. Das ist nicht nur ungerecht, weil damit das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort untergraben wird. Es ist auch schädlich für die hiesigen Arbeitnehmenden, egal was für einen Pass sie haben. Denn die Löhne geraten in solchen Verhältnissen zwangsläufig unter Druck, und auch unsere Arbeit als Gewerkschaft wird durch die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter erschwert.

Die Initiative richtet sich also eigentlich gegen die flankierenden Massnahmen.

Man könnte das so formulieren, ja.

Sind die bilateralen Verträge für die Schweiz wirklich so existenziell?

Ja. Ich finde es zwar nach wie vor empörend, dass die mit der Personenfreizügigkeit einhergehenden Rechte an der EU-Aussengrenze abrupt und grausam enden – wie wir es gerade in diesen Tagen wieder beobachten



Von oben kann man recht gut erkennen, dass die Schweiz ein Teil Europas ist.

können. Aber ich anerkenne, dass die europäische Integration ein Schritt ist auf dem Weg zu einer sozialeren Welt. Diese Errungenschaften aufzugeben und uns wieder in unserem Land einzuigeln, wäre ein Fehler.

Zumal die Schweiz ja noch weniger eine Insel ist als Grossbritannien. Wie ginge es bei Annahme der Initiative weiter, wenn tatsächlich die Bilateralen gemäss der sogenannten Guillotineklausel fallen.

Natürlich würden wir nicht von heute auf morgen verhungern und verarmen. Aber eine lähmende Ungewissheit würde in fast alle Lebensbereiche eindringen – noch zusätzlich zu der gewaltigen Unsicherheit, die durch die Corona-Pandemie ohnehin besteht. Wir sehen ja schon daran, was für ein Gift Unsicherheit und fehlende Planbarkeit darstellen, und zwar ebenso für unsere Psyche wie für die Wirtschaft. Auch wenn die Initiative angenommen wird, ändert das nichts daran, dass die Schweiz ein kleines Land mitten in Europa ist. Ein Land, das mit seinen Nachbarländern auf vielfältige Weise wirtschaftlich, kulturell und verwandtschaftlich verwoben ist. Es bliebe nichts anderes übrig, als das, was man hierzulande so gerne tut: Rede mitenand. Bloss mit einer deutlich schlechteren Verhandlungsposition für die Schweiz.

Das wird ein eher schmerzhafter Weg sein, wie jetzt auch die Britinnen und Briten zunehmend erkennen, die auf einen vertragslosen Zustand hinsteuern.

Ohne Zweifel. Es würde ein riesiges und komplexes Regelwerk aus ideologischer Dummheit zerstört. Und darunter werden viele leiden. Zum Beispiel die Medizinalproduktindustrie, die den Standort Schweiz nicht mehr so interessant finden wird, wenn sie die Produkte für die EU nochmals extra zertifizieren muss. Oder die Forschung, die aus internationalen Arbeitsgemeinschaften und Finanzierungssystemen geschleudert wird. Oder die Studentin, die fürs Auslandstudium schlechtere Karten hat.

Wir haben dieses Gespräch im März angefangen, als der Abstimmungstermin auf Mai angesetzt war. Jetzt müssen wir einen Nachtrag zu Corona machen. In einer ersten Phase hat die EU keine gute Figur gemacht – jedes Land hat sich auf sich selber konzentriert.

In jüngerer Zeit wurden andere, hoffnungsvollere Akzente gesetzt. Zum Beispiel hat die EU erstmals in der Geschichte gemeinsam Schulden gemacht – für ein Corona-Hilfspaket in nie gekanntem Ausmass. Sie hat damit auch anerkannt, dass die reicheren und die weniger von Corona betroffenen Länder Verantwortung übernehmen für die ärmeren und stärker gebeutelten Staaten. Das ist gelebte Solidarität. Und es ist – ganz wichtig – ein sehr deutliches Zeichen dafür, dass wir die Probleme dieser Erde nicht in den einzelnen Nationalstaaten lösen. Weder die Klimafrage noch Covid noch andere Bedrohungen, die wir vielleicht noch nicht einmal ahnen.

Personenfreizügigkeit und Flankierende: Das Schweizer Migrationsregime schneidet im Vergleich gut ab

Weltmeisterliches System

Im Vergleich zu anderen Einwanderungssystemen schneidet die Schweizer Lösung, welche die Personenfreizügigkeit mit flankierenden Massnahmen begleitet, gut ab. Der SGB-Chefökonom belegt das in 7 Punkten.

Text: *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom (Foto: Evgenia Parajanian/iStock)*

1 Bessere Löhne

Dank der flankierenden Massnahmen und der Personenfreizügigkeit gibt es heute weniger Lohndumping. Jährlich werden 170 000 Löhne kontrolliert und je nachdem korrigiert. Die fehlbaren Arbeitgeber werden gebüsst. Unter dem Saisonnierstatut war der Druck gross, Missbräuche stillschweigend hinzunehmen. Wer sich wehrte, musste Angst haben, in der nächsten Saison nicht mehr kommen zu dürfen. Das ist nicht mehr so. Und davon profitieren auch die Schweizer Arbeitnehmenden.

2 Lohnkontrollen

Die Corona-Auswirkungen in der deutschen Fleischverarbeitung haben viele Leute erschreckt. Überraschend waren sie aber nicht. Bereits seit Jahren weisen die deutschen Gewerkschaften auf die misslichen Verhältnisse hin und kritisieren, dass der für Lohn- und Arbeitsmarktkontrollen zuständige Zoll zu wenig tut. In einem Arbeitsmarkt, der 10-mal so gross ist wie der schweizerische, werden jährlich nur 55 000 Firmen kontrolliert – gegenüber 41 000 in der Schweiz.

3 Guter Qualifikationsmix

Im Vergleich zu Deutschland, das lange eine Tieflohnpolitik betrieb, schneidet die Schweiz auch beim Qualifikationsmix der Eingewanderten besser ab. Dieser hat sich in der Schweiz günstiger entwickelt als in Deutschland; eine Ausbreitung prekärer Jobs konnte verhindert werden, und der Anteil im Ausland neu rekrutierter Hilfsarbeitskräfte ging zurück – viel ausgeprägter als in Deutschland.

4 Ende Wunschkonzert

Das frühere Kontingentsystem vor 2002 war in erster Linie ein «Wunschkonzert der schwarzen Schafe» unter den Arbeitgebern. Sie erhielten ihre Bewilligungen meist wie gewünscht. Die Kontingente wurden stets der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt angepasst. Die offiziellen Einwanderungszahlen zeichnen die wirtschaftlichen Boomjahre und die Rezessionen deutlich nach. Eine Begrenzung der Zuwanderung gab es im früheren System faktisch nie.

5 Früher: Verbreitete Schwarzarbeit

Dafür gab es Schwarzarbeit. Weil keine Ausländerbewilligungen mehr frei waren oder weil sie den Gang zu den Behörden scheuten, stellten viele Arbeitgeber Leute schwarz ein. Für das Jahr 1990 schätzt der SGB 120 000 bis 180 000 illegal Beschäftigte. Neben der Landwirtschaft gab es vor allem im Bau- und Ausbaugewerbe und in der Gastronomie viel Schwarzarbeit. Die Behörden haben fast durchwegs weggeschaut.

6 Unerwünschte Spuren des Kontingentsystems

Das frühere Saisonnierstatut mit seinen unwürdigen Bedingungen verschwindet nach und nach aus dem öffentlichen Gedächtnis. Aber die Spuren sind immer noch erkennbar. Überproportional viele einstige Saisonniers sind heute in der IV, der Sozialhilfe oder langzeitarbeitslos. Denn die Trennung von den Familien, die Entwurzelung und die vernachlässigte Integration gehören zu den Risiken, die die Gesundheit schwächen und die Anfälligkeit für Arbeitslosigkeit erhöhen.

7 Besser als Kanada

Immer wieder wird auf Kanada verwiesen, das seine Einwanderung mit einem Punktesystem regelt. Vor allem tertiär Ausgebildete will man anlocken. Die Realität zeigt aber, dass die Erwerbsbeteiligung und die Lohnsituation der eingewanderten Personen in Kanada weniger gut ist als in der Schweiz. Denn eine Hochschulausbildung garantiert noch lange keinen Job. So arbeiten dann viele Uniabsolventinnen in Kanada in Hilfsjobs. In der Schweiz braucht man ein gesichertes Einkommen für die Niederlassung. Also eine Stelle. Das System ist näher beim Arbeitsmarkt, und tatsächlich sind weniger Zugewanderte arbeitslos als bei dem auf formale Kriterien setzenden Kanada-Modell.

Auch dem vielgelobten kanadischen Zuwanderungssystem ist das Schweizer Regime überlegen.

Heidi kann auch anders: als «Mad Heidi» mitsamt einer Armee der Entrechteten im Kampf gegen Nazis aller Arten.

SVP essen Heidi auf – eine Polemik

Da ist sie wieder, die Schweizer Heidi. Ein unschuldiges, junges Mädchen, umringt von Bergen. Wenn auch nicht barfuss tänzelnd, so doch – weil ja moderne Version – in Sneakers durchs Flussbett watend. Dieses Mädchen hat laut dem neuesten SVP-Video genauso wie viele andere Stimmberechtigte in der Schweiz Angst. Angst vor einer apokalyptischen Welt voller Dichtestress, Beton, Lärm, Autos und natürlich – was sonst bei der SVP – krimineller Migranten. (Männliche Form.)

Hallo? Mal kurz die Stopptaste gedrückt. Abgesehen davon, dass das Video bereits am Erscheinungstag hohe Wellen geschlagen hat und auf den sozialen Medien wegen seiner offen rassistischen Aussagen zu Recht als «Hassvideo» gemeldet wurde – die Frage muss erlaubt sein: Was ist da los mit der SVP und ihrer Heidi? Und haben die eigentlich das Buch überhaupt gelesen?

War Heidi nicht eigentlich Migrantin, zumindest als sie in Frankfurt am Main weilte? Eine ärmliche Migrantin aus den ärmlichen Schweizer Bergen, die, weil es damals noch keinen Sozialstaat und keine Kesb gab, von der Tante hin- und herverschoben wurde? Die sich nur sehr schwer bis gar nicht an die Sitten und Gebräuche im Gastland und im Gasthaushalt anpassen wollte oder konnte?

Und der Alpöhi, zu dem Heidi abgeschoben wurde? Der griesgrämige Alte? War der nicht ein Ausgestossener, ein Söldner im Ruhestand mit höchst zweifelhafter Vergangenheit im Ausland? Derweil Heidi ganz sanft ihn und den anderen Randständigen, den andauernd Hunger leidenden Bildungs- und Modernisierungsverweigerer Geissenpeter wieder Anschluss finden lässt. Heidi, die sich gesellschaftlichen Normen verweigert, weil sie ein Herz hat. Die sogar krank wird, um endlich wieder zurückzudürfen in ihre kleine Aussenseiter-WG in den Bergen?

Das alles klingt so ganz und gar nicht nach unbeschwerter Kindheit. Und auch nicht nach einer, die dann im Erwachsenenalter der SVP und ihrer Ideologie folgt. Die Menschen ausgegrenzt und entrechtet sehen möchte, weil sie nicht weiss sind oder weil sie arm sind. Die die Schuld immer bei den «Einwanderern ins Sozialsystem» sucht. Die Armut verachtet, aber auf keinen Fall beseitigen möchte. Höchst unwahrscheinlich…

Was würde Heidi heute tun? Wie wäre sie heute drauf? Der heiss erwartete (leider noch nicht voll finanzierte) Swissploitation-Film «Mad Heidi» ist da trotz grotesker Verzerrung viel näher dran. In dem Actionspektakel greift Heidi gegen faschistische Halunken, die mit Fondueboarding (statt Waterboarding) auch von Laktoseintoleranten Anpassung erzwingen wollen, zur Mistgabel, auf dass das Blut spritzt. Inzwischen haben viele Kreative ihren eigenen Text auf den SVP-Spot gelegt. «Überall Baustelle und Beton. Mis Mami seit, das isch s enthemmte kapitalistische Wachstum…»

Nein, nein: Heidi ist eine von uns. Würde sich gegen Zuvielverkehr, Umweltverschmutzung und Klimawandel engagieren, weil sie die Natur respektiert. Und für sozialen Zusammenhalt, weil sie die Menschen gern hat. Garantiert.

| Tanja Lantz, VPOD-Fachsekretärin Kampagnen (Illu: Jessie Willcox Smith (1923); Filmstill: madheidi.com)

Eine Annahme der SVP-Initiative hätte massive Folgen für hier lebende EU-Angehörige

Begrenzen, um besser auszubeuten?

Begrenzen, um grenzenlos auszubeuten? Die SVP-Initiative ist im Grunde eine Entrechtungsinitiative. Auch für hunderttausende EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz ginge damit ein Verlust an Rechten einher.

Text: *Johannes Gruber, VPOD-Fachsekretär Migration (Foto: .marqs/photocase.de)*

Eine Annahme der Initiative führt zur Entrechtung der EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Die sogenannte Begrenzungsinitiative der SVP zielt direkt auf die Abschaffung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Bei Annahme würden die Grenzen für Arbeitnehmende geschlossen; ein wichtiges Freiheitsrecht für EU-Bürgerinnen und -Bürger und für Schweizerinnen und Schweizer würde abgeschafft. Gerade beim Lohnschutz hätte die Beendigung der Personenfreizügigkeit negative Auswirkungen auf alle Arbeitnehmenden, unabhängig von ihrem Pass. Heute gibt es Lohnkontrollen. Auch die Schwarzarbeit wird bekämpft. Die Arbeitgeber können dank den flankierenden Massnahmen nicht einfach billige Arbeitskräfte aus dem Ausland holen, wie es ihnen passt.

Billig, willig, rechtlos?

Mit der Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens würden solche Regulierungen wieder aufgehoben, obwohl sie gerade in Krisenzeiten besonders wichtig sind. Besonders wichtig: Mit Annahme der Initiative hätten EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz den gleichen prekären Aufenthaltsstatus wie heute schon Menschen aus sogenannten Drittstaaten. Mehr ausländische Arbeitnehmende hätten weniger Rechte, so dass sie leichter ausgebeutet werden können. Und dies ist auch das eigentliche Ziel der SVP-Initiative: Mit dem erneuten Hochziehen alter Grenzen sollen wieder mehr Migrantinnen und Migranten als billige, willige und rechtlose Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Nicht zu vergessen: Erst mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU gelang es uns seinerzeit, das menschenunwürdige Saisonnierstatut abzuschaffen. Es muss unser Ziel bleiben, die Rechte aller Menschen auszubauen und anzugleichen.

Bei Annahme der Initiative würde hingegen das Aufenthaltsrecht der EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz in Frage gestellt. Punkto Einreise, Aufenthalt, Niederlassung und Zugang zur Erwerbstätigkeit würden sie den Menschen aus sogenannten Drittstaaten gleichgestellt. Das Verbleiben von Pensionierten, Invalidisierten und Verwitweten wäre mit der Kündigung des Abkommens nicht mehr gewährleistet. Auch der Familiennachzug ist für Drittstaatenangehörige restriktiver geregelt, der Fristen für die Antragstellung vorsieht und mit Vorgaben, die einem Übergriff aufs Privatleben gleichkommen. Das Personenfreizügigkeitsabkommen gibt EU-Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz das Recht auf Gleichbehandlung mit den Schweizerinnen und Schweizern. Das gilt beispielsweise für den Zugang zu einer Erwerbstätigkeit und überhaupt für die Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen.

Indem die Initiative die Beendigung der Personenfreizügigkeit fordert, stellt sie die gesamten Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union infrage. Durch die sogenannte Guillotineklausel würden mit dieser auch die «Bilateralen I» wegfallen, jene Verträge, die Schweizer Unternehmen einen weitgehenden Zugang zum EU-Binnenmarkt ermöglichen. Dies wäre in der aktuellen Krise ein weiterer harter Schlag für die exportorientierten Branchen der Schweizer Wirtschaft und damit schlecht für alle Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Teil des Problems

Die «Kündigungsinitiative» ist Teil einer rechtspopulistischen Politik, die das «Eigene» gegen das «Fremde» ausspielt, anstatt zu bedenken, dass die aktuellen Probleme wie zukünftigen Herausforderungen nur gemeinsam gemeistert werden können. Die heutigen «Anderen» werden schon morgen unsere Nachbarinnen, Freunde, Verwandten sein. Eine Politik, die auf Diskriminierung und Ausgrenzung zielt, ist Teil unserer Probleme und nicht deren Lösung. Anstatt anzustreben, dass wirtschaftlicher Erfolg auf der Basis von sozialen und politischen Rechten der Arbeitnehmenden erreicht wird, will die SVP-Initiative Leuten ihre Rechte entziehen, damit diese besser ausgebeutet werden können. Schaden würde dies letztlich allen Arbeitnehmenden in der Schweiz. Sorgen wir dafür, dass eine solche Politik keine Mehrheiten erhält!

Vor schmelzendem Gletscher: Jacques Dubochet.

Im Kino läuft ein Dokumentarfilm über den Schweizer Nobelpreisträger Jacques Dubochet

Kollege Nobel

Nicht alle VPOD-Mitglieder sind in Dokumentarfilmen verewigt. Mitglied Nummer 101913 schon: Stéphane Goël hat den Schweizer Biophysiker Jacques Dubochet in «Cityoen Nobel» liebevoll porträtiert. Aufnahmen aus der schönen Zeit vor Corona. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: filmcoopi)*

Man schreibt den 4. Oktober 2017. In Lausanne läutet ein Telefon Sturm; Stockholm ist an der Strippe. Kurz vor dem Mittagessen läuft die Meldung über die Newsticker: Jacques Dubochet hat, zusammen mit Richard Henderson und Joachim Frank, den Nobelpreis für Chemie gewonnen. (Von Chemie verstehe er gar nichts, sagt Dubochet im Film.) Und am frühen Nachmittag kann auch der VPOD verkünden, dass er den Nobelpreis hat. Denn Jacques Dubochet ist seit vielen Jahren Mitglied.

Wennschon dennschon

Ein Zufall ist die Verbindung zur Gewerkschaft nicht. Was alle Zeitungen gleich berichten: Dubochet ist auch in der SP, ist links, ist grün, ist sozial. Der Film von Stéphane Goël fragt unter anderem: Wie geht einer um mit der urplötzlichen Berühmtheit? Er sei immer noch derselbe wie vordem, sagt der Ausgezeichnete halsstarrig. Das scheint nicht die ganze Wahrheit zu sein. Denn Jacques Dubochet hat ja durchaus Ideen, was, wennschon dennschon, mit und aus der Popularität zu machen sei. «Man hört mir jetzt zu», sagt er. Daher erhebe er die Stimme.

Er nutzt seine Bekanntheit also für politische Ziele. Natürlich sind die Kids von der Klimabewegung stolz wie Oskar, dass ein Nobelpreisträger sich zu ihnen gesellt. Wir sehen Jacques Dubochet an basisdemokratischen Diskussionen und an Demos und beim Unterschriftensammeln und vor zurückweichenden Gletschern. Er positioniert sich auch zur K-Frage: Muss zwecks Klimarettung der Kapitalismus abgeschafft werden? «Wir brauchen alle Kräfte», sagt Dubochet, integrativ.

Das führt zum zweiten Leitmotiv des Films: Welche Verantwortung hat die Wissenschaft? Von Neugier ist oft die Rede, aber auch davon, dass die Erkenntnisse der Forschung der Allgemeinheit zugutekommen müssen und nicht einigen Privatiers. Und dass sie zum Wohl der Menschheit zu nutzen sind und nicht zum Gegenteil. Dubochet nimmt dazu pointiert Stellung. Er ist gleichzeitig intelligent genug zu wissen, dass das alles einfacher gesagt ist als getan – jedenfalls in der realexistierend unvollkommenen Welt, in der wir leben.

Ein Mann macht Karriere

Während der biophysikalische Laie auch nach dem anderthalbstündigen Epos nur vage ahnt, worin Dubochets nobelpreiswürdige Entdeckung bestand, kann er beim Thema Wissenschaft und Gender gut mitreden. Es schleckt's keine Geiss und sowieso kein Geissbock weg, dass auch Jacques Dubochet seine Karriere mindestens teilweise Opfern anderer verdankt. Namentlich der Ehefrau, die eigene Ambitionen zurücksteckte, auf dass der Mann sein Ding mache. Aber wir finden bei ihm, im Gegensatz zu vielen seiner Zunft, ein Bewusstsein für solche Umstände und den Willen, sie für künftige Generationen zu ändern. Interessant wäre zu erfahren, was Dubochet zu Corona zu sagen hat, diesem Virus, das so viel kaputtmacht. Aber im März 2020 war der Film längst im Kasten.

Dreistes Verhalten: Spital Wetzikon.

Freie Plätze: Gleichstellungskommission Schwyz.

Spital Wetzikon: «Ohrfeige links und rechts»

Im Spital Wetzikon sind Beschäftigte sanktioniert worden, die bei der Unterzeichnung des neuen Personalreglements einen Vorbehalt angebracht haben. Sie markierten Nichteinverständnis beim Punkt «Die Umkleidezeit vor und nach der Arbeitszeit gilt nicht als bezahlte Arbeitszeit» – der in der Tat dem Arbeitsgesetz und den Vorgaben des Seco widerspricht. Diese Unbotmässigkeit bestrafte das Spital mit der Streichung der 5. Ferienwoche für die Betroffenen, die formell eine «Anerkennungswoche als Dank für das grosse Engagement» darstellt und «freiwillig» gewährt wird. Ein offensichtlicher Racheakt und, wie VPOD-Sekretär Roland Brunner formuliert, «eine Ohrfeige links und rechts». Inzwischen ist die Sanktion immerhin mündlich aufgehoben. Es brauchte dazu aber die Intervention des VPOD sowie einen mittleren Shitstorm. | *vpod (Foto: GZO Wetzikon)*

Pulsmessung beim Berner Gesundheitspersonal

Mit Blick auf die Lohnverhandlungen fühlt der VPOD den Beschäftigten im Berner Gesundheitswesen den Puls. Wie geht es dem Personal, nachdem der Applaus von den Balkonen verklungen ist? Der Wert eines guten Gesundheitssystems ist in der Krise allen klar geworden. Deutlich wurden aber auch die Mängel. Der VPOD will wissen, wie viel gearbeitet und verdient wird und wie es mit der Vereinbarkeit bestellt ist. Die Umfrage findet sich unter *bern.vpod.ch/brennpunkte.* | *vpod*

Kantonsspital Winterthur: Gastronomie bleibt

Das Kantonsspital Winterthur (KSW) wollte die Gastronomie an ein externes Unternehmen ausgliedern. Die Firma sollte ab Juli 2021 den Betrieb mit neuem Personal übernehmen, um so den «Bereich Verpflegung wettbewerbsfähiger und wirtschaftlicher zu machen». Die Ausschreibung war schon für August vorgesehen. Jetzt krebst die Spitaldirektion – unter öffentlichem Druck – zurück: Es würden bis Ende 2020 verschiedene Optionen geprüft, heisst es neuerdings. Der VPOD erinnert an das klare Nein des Stimmvolks zu einer Privatisierung des KSW vor 3 Jahren. Dieses dürfe «auch nicht in Salamischeibchen umgangen werden», so Präsidentin Michèle Dünki-Bättig. | *vpod*

Für ausgeglichene Gleichstellungskommission

Der VPOD Schwyz ist empört darüber, dass die Regierung in der kantonalen Gleichstellungskommission einen Sitz frei lässt, obwohl Bewerbungen vorlagen – auch eine des VPOD mit Kantonsrätin Elsbeth Anderegg-Marty. Das Gesetz schreibt vor, dass die Kommission «unter den Frauenorganisationen, den politischen Parteien, den Berufsverbänden und anderen Interessenkreisen breit abgestützt» sein muss. Diese Bestimmung ist mit der Vertreterin des Katholischen Frauenbunds als einziger Repräsentantin eines Verbandes nicht erfüllt – für den VPOD «ein Affront» und «unverständlich», wie Präsidentin Ruth Miksovic sagt. | *vpod (Foto: Michal Stipek/iStockphoto)*

Freiburger Corona-Prämie ist durch – Details offen

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg hat dem Prinzip einer Corona-Prämie für das in der Krise besonders geforderte Staatspersonal zugestimmt. Die Modalitäten bleiben jedoch der Regierung überlassen. Insbesondere findet keine unverzügliche Auszahlung statt. Fest steht, dass 1 Million Franken für die Prämie bereitgestellt wird; ob diese in Form von vor Ort einzulösenden Gutscheinen ausgerichtet wird und ob, wie vorgeschlagen, das Personal «an der Front» mit 1000 und dasjenige der «zweiten Reihe» mit 500 Extrafranken entschädigt wird, muss der Regierungsrat entscheiden. | *slt*

VPOD will GAV-Pflicht für Berner Kitas

Nur eine Minderheit der GSoK (Kommission für Gesundheit und Soziales) will eine GAV-Pflicht für Kita-Betriebe im Kanton Bern. Der VPOD fordert aber genau das mit seiner Petition «Kita ist kein Kinderspiel». Denn die Arbeitsbedingungen müssen vereinheitlicht und verbessert werden. Die «bürgerliche Ignoranz» in dieser Frage verhindert dies bisher. Der Grosse Rat kann das Steuer herumreissen. | *vpod*

Zürich: Grünliberale «Modernisierung»

Die GLP möchte das Zürcher Personalgesetz «modernisieren» – das heisst: die Bedingungen verschlechtern. Die Bewährungsfrist bei Kündigungen durch den Kanton soll abgeschafft, die maximale Abfindungshöhe von 15 auf 9 Monatslöhne herabgesetzt werden. Der VPOD nennt das einen «frontalen Angriff» auf das Kantonspersonal. | *slt*

«Bestatter» und andere Betrüger – die Suva klagt an

Sogenannte Firmenbestatter helfen beim Versicherungsbetrug.

Die Suva, die bisher im Zusammenhang mit Versicherungsbetrug hauptsächlich von Einzeltäterinnen und -tätern gesprochen hat, beschäftigt sich in ihrer jüngsten Kommunikation mit institutionellem Betrug. Der angeblich rückenleidende Bauarbeiter, der im Schrebergarten oder zuhause im Kosovo munter weiterwerkelt? Die grossen Fische sehen ganz anders aus. Beispiel: Schwarzarbeit in Subunternehmerketten. Die Suva berichtet von einem Gerüstbau-Unternehmen, das nur wenige Beschäftigte direkt, die Mehrheit aber über abenteuerliche Subunternehmer-Konstruktionen an sich gebunden hatte. Ein grosser Teil der Finanzbewegungen fand in bar statt – eine Steilvorlage für den Versicherungsbetrug bei den Auftragnehmern. Eine dieser Firmen, so stellte sich heraus, hatte von verschiedenen Firmen insgesamt 2,4 Millionen Franken in bar für ihre Leistungen bezogen – und keinen einzigen Rappen davon mit der Suva abgerechnet. Solcher Beschiss erlaubt billigere Offerten zulasten der ehrlichen Konkurrenz. Darunter leidet die ganze Branche; der Schaden für die Suva belief sich in diesem Einzelfall auf 160 000 Franken.

Bei der Konkursreiterei übergibt ein überschuldeter Unternehmer sein vor der Pleite stehendes Unternehmen einem sogenannten Bestatter. So kann er den Konkurs vermeiden und ist die Schulden los. Dafür zahlt der ursprüngliche Inhaber einem Vermittler ein paar tausend Franken. Der Vermittler überweist einen Teil davon an den Bestatter, der die Firma umbenennt, den Zweck ändert und den Sitz in einen anderen Kanton verlegt, damit der Betreibungsregisterauszug «sauber» wird. Diesen nutzen Bestatter dann für Bestellungs- oder Leasingbetrug. Solche Machenschaften dienen häufig dazu, sich systematisch öffentlich-rechtlicher Schulden wie beispielsweise Sozialversicherungsprämien zu entledigen. – Unter Anklage stehen aber auch einzelne Ärztinnen und Ärzte, die die Suva – und andere Versicherungen – planmässig aussaugen. Ein Arzt fiel bei der Suva-Kontrolle durch eine überdurchschnittlich hohe Zahl abgerechneter Stunden ins Auge. An einzelnen Tagen, so stellte sich heraus, waren es mehr als 24. Auch während der Ferienabwesenheit wurde weiter Rechnung gestellt. Der fehlbare Arzt muss sich vor Gericht verantworten und darf derzeit nicht praktizieren.

Die Suva hält aber fest, dass die überwiegende Mehrheit der Ärzteschaft korrekt arbeitet und abrechnet. Umso wichtiger sei es, die schwarzen Schafe zu finden. Das ist richtig, aber es gilt ebenso für die Arbeitnehmenden, die wegen Fehlverhaltens einzelner nicht unter Generalverdacht gestellt werden dürfen. | *vpod (Foto: kzenon/iStock)*

Sunil Mann Zeitalter der Greise

Sunil Mann ist Krimi- und Kinderbuchautor sowie Flugbegleiter.

Schlägt man die Zeitung auf oder schaut sich die Tagesschau an, fällt einem auf, dass momentan wahnsinnig viel von alten (und ja, in erster Linie weissen) Männern berichtet wird. Während sich unsereiner auf ein Alter vorbereitet, in dem die grösste Aufregung – nebst der täglichen halsbrecherischen E-Bike-Fahrt zum nächstgelegenen Coop – das Aussuchen von Wanderkleidung im Partnerlook und das Hätscheln von Sauerteigkulturen sein wird, scheint für keinen der alten Männer der Weltpolitik das Rentnerdasein eine erstrebenswerte Option darzustellen. Achtzig ist das neue Vierundsechzig, gilt da, Militärparaden sind die besseren Herzschrittmacher, Raketentest das teurere Viagra, Grenzzäune das Statussymbol nach der längst abgeflauten Midlife Crisis. Wer sich nicht im Solarium alle sichtbaren Zeichen des Alters aus dem Gesicht brennt, lässt den Chirurgen ran und rennt fortan entweder mit einem irren Jokergrinsen herum oder guckt mit permanent stoischem Gesichtsausdruck in die Kameras. Die einen träumen unverhohlen von einem neuen Osmanischen Reich, andere wesentlich bescheidener (obschon in diesem Zusammenhang vermutlich kein Adjektiv mehr fehl am Platz sein könnte) von einer zweiten Amtszeit. Manche lassen sich die Regentschaft bis weit nach dem eigenen Verfalldatum in die Verfassung schreiben, sodass sie selbst als sabbernde Zittergreise nicht aus der Regierung getragen werden können, wiederum andere klammern sich verbissen an ihre Position und schrecken nicht einmal davor zurück, gegen das eigene Volk vorzugehen.

Hierzulande sind die Verhältnisse glücklicherweise entspannter. Auch wenn gewisse Gruppierungen neuerdings behaupten, in einer Diktatur zu leben. Von Nordkorea her ist da jedes Mal ein irres, aber definitiv amüsiertes Kichern zu hören, und der weissrussische Präsident rollt die Augen, weil der Begriff erstens kreuzfalsch verwendet wird und zweitens die Durchsetzung seitens der hiesigen Regierung mehr als stümperhaft ist.

Nein, bei uns tritt man zurück, manche zum richtigen Zeitpunkt, andere halt nicht. Oder man tritt zurück, und dann schafft man es halt irgendwie doch nicht, die Klappe zu halten. Weil man sich für unentbehrlich hält, weil man ein Leben oder zumindest eine Krise lang geredet hat und überzeugt ist, die Leute würden den Senf, den man zu allem abzugeben bereit ist, wahnsinnig vermissen. Doch eine Demokratie hält das aus, selbst wenn der eine oder andere immer wieder wie ein Springteufel aus der Versenkung hüpft und man nie recht weiss, ob es sich dabei noch um altersbedingte Rechthaberei oder schon um Altersschwachsinn handelt.

All diesen Männern ist gemeinsam, dass sie an der Macht hängen wie Wicken am Gartenzaun oder Zecken am Kinderarm. Und dass man sie mit Gewalt (oder wenigstens mit einem ausgefüllten Stimmzettel) davon trennen muss, will man sie loswerden. Einige werden diesen Schritt wohl nicht überleben.

Daran werde ich denken, wenn ich dereinst die beiden identischen winddichten Mammut-Jacken zur Kasse trage und danach gelangweilt auf mein E-Bike steige.

Die Armut wird wegen Corona zunehmen: Kinder in Nairobi (Kenia).

Wie Corona die Jungen trifft

Ein Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO stellt weltweit verheerende Auswirkungen von Corona auf Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung und Arbeitswelt fest. Seit Beginn der Pandemie sind laut ILO-Analyse mehr als 70 Prozent der Jugendlichen in Studium oder Ausbildung von der Schliessung ihrer Ausbildungsstätte betroffen. 65 Prozent haben nach eigener Einschätzung seit Beginn der Pandemie weniger gelernt als unter normalen Umständen. Trotz aller Bemühungen, ihren Bildungsweg mittels Online-Unterricht und Selbststudium fortzusetzen, geht die Hälfte der Jugendlichen davon aus, dass sich ihr Abschluss zumindest verzögern wird. 9 Prozent rechnen damit, dass sie ihr Ausbildungsziel verfehlen. Besonders schlimm ist die Lage in Ländern mit geringer Wirtschaftsleistung. Dort fehlt es am Zugang zum Internet, an entsprechender Ausrüstung, aber auch schlicht am Platz zum Lernen. «Die Pandemie vernichtet Arbeitsplätze und Beschäftigungsaussichten, sie stört Aus- und Weiterbildung der Jugendlichen, und sie hat schwerwiegende Auswirkungen auf deren psychisches Wohlbefinden», stellt Guy Ryder, ILO-Generaldirektor fest. Ryder ist zudem besorgt über die «digitale Kluft»: Während in Ländern mit hohem Einkommen 65 Prozent der Jugendlichen per Video unterrichtet wurden, konnten in Ländern mit niedrigem Einkommen nur 18 Prozent online weiterstudieren. | *ilo/vpod*

500 Millionen zusätzliche Arme

Einer Schätzung von Helvetas zufolge dürfte die Corona-Krise weltweit hunderte Millionen Menschen zusätzlich in die Armut treiben. Heute schon gelten 2,1 Milliarden als arm, sofern man die Statistik auch nur geringfügig kaufkraftbereinigt, was die Weltbank neuerdings tut. Die pauschale Rede von «extremer Armut» bei weniger als 1,90 US-Dollar Einkommen pro Tag berücksichtigt die Situation in den Ländern mit leicht höherem Lohnniveau zu wenig. Dort ist man auch mit dem Doppelten noch extrem arm. Die bis 2020 gefeierten Erfolge bei der weltweiten Armutsbekämpfung sind also zu relativieren. Richtig ist immerhin, dass die Armutsraten seit 1999 ständig gesunken sind. Das wird sich

Wirtschaftslektion Mehr Zeit für die Jobsuche

Unter dem Schlagwort der «aktivierenden Arbeitsmarktpolitik» wurde in den vergangenen Jahrzehnten in zahlreichen Ländern der Druck auf Arbeitslose erhöht, möglichst rasch einen Job anzunehmen. Zum Beispiel durch die Senkung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes oder die vermehrte Sanktionierung von Fehlverhalten. Auch die Schweizer Arbeitslosenversicherung enthält ein ausgeprägtes «aktivierendes» Element. Was die Strenge der Sanktionen bei Ablehnung eines Jobangebots betrifft, liegt sie international im Mittelfeld (vgl. Grafik). Während der Corona-Krise wurde nun die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes temporär um bis zu 120 Taggelder erhöht, die Anforderungen an den Nachweis der Suchanstrengungen wurden heruntergefahren.

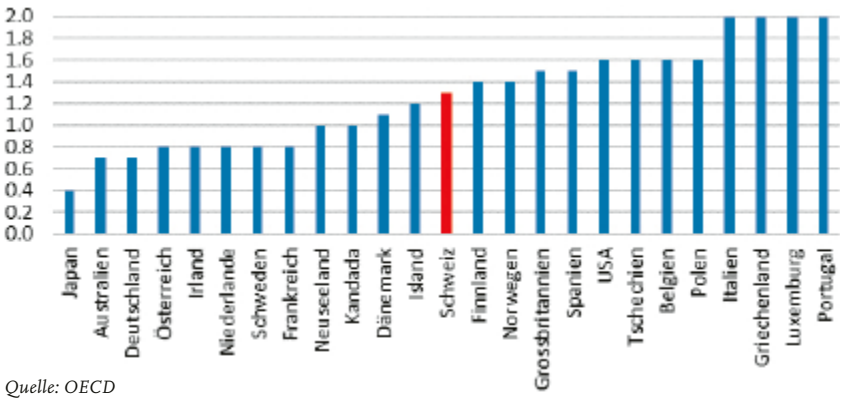
Da es sich dabei lediglich um vorübergehende Massnahmen handelt, stellt sich die Frage, wie sinnvoll es generell ist, Arbeitslose durch Druckausübung dazu zu bringen, möglichst rasch irgendeinen Job anzunehmen. Verschiedene Aspekte müssen dabei gegeneinander abgewogen werden. Einerseits hat die Allgemeinheit ein Interesse, dass Arbeitslose möglichst schnell Arbeit finden, um die finanzielle Belastung der Arbeitslosenkasse gering zu halten. Und auch die Arbeitslosen profitieren, da eine lange Arbeitslosigkeit negative Auswirkungen auf die Psyche sowie auf zukünftige Beschäftigungschancen und das Einkommen hat (vgl. Wirtschaftslektion vom April 2020). Andererseits kann es kontraproduktiv sein, die Arbeitslosigkeit um jeden Preis zu beenden. Etwa wenn Arbeitslose deshalb Jobs annehmen, die nicht ihren Bedürfnissen und Qualifikationen entsprechen. Denn dann verdienen sie wenig und stehen möglicherweise bald wieder auf der Strasse.

Studien stützen diese Befürchtung: So haben Forscher für die Schweiz gezeigt, dass Sanktionen der RAV zwar dazu führen, dass Arbeitslose etwas schneller eine Stelle finden, dass dies aber mit instabileren Beschäftigungsverhältnissen und niedrigeren Löhnen einhergeht, was wiederum zu geringeren Einnahmen für den Staat und die Sozialversicherungen führt.

Es wäre für die Arbeitslosen und die Gesellschaft besser, wenn sich Jobsuchende etwas mehr Zeit liessen und dafür eine Stelle fänden, die zu ihnen passt. Zu einem ähnlichen Schluss kommen neuere Studien aus Österreich und den USA, die zeigen, dass eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld dazu führen kann, dass Jobsuchende qualitativ bessere Stellen mit höheren Löhnen annehmen. Man sollte sich also auch nach der Corona-Krise überlegen, ob weniger «Aktivierung» nicht manchmal besser ist.

| *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*

Strenge der Sanktionen bei Ablehnung eines Jobangebots
(Index von 0–2)



Quelle: OECD

mit Corona dramatisch ändern. Hauptleittragende werden Helvetas zufolge die Menschen im informellen Sektor, auf dem Land und in der Arbeitsmigration sein (siehe Seite 26): «Die anhaltende Krise wird fast alle in den letzten Jahren erzielten Fortschritte zunichtemachen.» Das ärgste Szenario rechnet mit 527 Millionen zusätzlichen Armen. Das Uno-Entwicklungsprogramm UNDP schlägt daher ein befristetes Grundeinkommen für die ärmsten Menschen vor. Die Finanzen dafür könnten bereitgestellt werden, wenn für die ärmeren Länder die Schuldentilgung ausgesetzt würde, so wie dies der Uno-Generalsekretär gefordert hat. | *vpod/helvetas (Foto: hadynyah/iStock)*

Ziellandprinzip für Chauffeure

Das EU-Parlament hat einen wichtigen Entscheid zur Bekämpfung der Missstände im Transportgewerbe getroffen. Auch die Unia ist erfreut darüber, dass alle LKW und Busse ab 2026 einen digitalen Fahrtenschreiber haben müssen. Ein Durchbruch ist die Übernahme des Ziellandprinzips: Chauffeurinnen und Chauffeure sollen nach den Konditionen jenes Landes entschädigt werden, in dem sie tätig sind. Auch die Unia fordert das seit Langem. | *unia*

Belarus vor einem Generalstreik?

Nach der umstrittenen Präsidentenwahl in Belarus breiten sich die Massenproteste und Streiks im ganzen Land weiter aus. Die grössten Demos fanden mit 200 000 Teilnehmenden in der Hauptstadt Minsk statt. Gestreikt wird unter anderem in der staatseigenen Kalisalzfabrik in Soligorsk, dem fünftgrössten Produzenten dieses Düngemittels weltweit. Auch am staatlichen Rundfunk, am Theater, bei Verkehrsbetrieben und in Spitälern haben viele ihre Arbeit niedergelegt. Forderungen nach einem landesweiten Generalstreik werden lauter. Wohin die Reise geht, ist derzeit kaum abzuschätzen. Es ist zu befürchten, dass das Machtspiel in Minsk zunehmend durch geopolitische Interessen durchkreuzt wird, während es die von den Streikenden erhobenen Forderungen nach Demokratie, Mitbestimmung und einem Ende der Gewalt schwer haben dürften. | *vpod (Foto: Homoatrox/Wikimedia CC)*

Nach der mutmasslich unsauberen Wahl von Protesten erschüttert: Minsk (Belarus).

Wer war's? Gefaltete Kraniche

Der Kranich ist ein fast auf der ganzen Welt mit unterschiedlichen Arten vertretener Schreitvogel, der so bezeichnet wird, weil er, ähnlich wie sein Vetter, der Storch, auf Ausschau nach Schnabulierbarem durch die Landschaft zu stelzen pflegt. Berühmt ist der Kranich für seine Tanzkunst – und dafür, dass das Ballett mit der Balzzeit keineswegs zu Ende ist. Sein eleganter Flug machte ihn zum Emblem von Fluggesellschaften – die deutsche Lufthansa malt ihn schon seit 1926 auf ihre Maschinen.

«Sieh jene Kraniche in grossem Bogen», dichtete Brecht in «Die Liebenden». Von Theodor Fontane gibt es ein anrührendes Poem über einen Kranich im Hühnerhof, der seiner gestutzten Flügel wegen nicht mit den Brüdern und Schwestern gen Süden abheben kann, so sehr er es auch versucht («Und sieh, er hat sich aufgerafft, / Es gilt erneutes Glück; / Umsonst, der Schwinge fehlt die Kraft / Und ach, er sinkt zurück.»). Spott von seiten der Hühner ist alles, was er erntet. Und dann ist da noch Schillers berühmte Ballade, in welcher die «Kraniche des Ibykus» Zeugen des Mordes an einem Singer-Songwriter werden und die Täter schliesslich entlarven,

Der Kranich ist in fast allen Kulturen der Erde mit hoher Symbolkraft besetzt, von Ägypten bis China, von den Keltinnen bis zu den Azteken. In Japan ist das Falten von Kranichen in der Origami-Technik ein eigentlicher Volkssport. Man nehme: ein quadratisches Blatt Papier, falte es rechtwinklig und diagonal in die Hälfte, drücke dann die seitlichen Dreiecke spickelartig nach innen… Für weitere Anleitung verweisen wir auf YouTube und geben endlich preis, um wen es in diesem Rätsel geht: um ein Mädchen, das kurz vor seinem 12. Geburtstag Leukämie diagnostiziert bekam. Im Spital faltete das Kind einen Kranich nach dem anderen, der japanischen Legende vertrauend, dass bei den Göttern einen Wunsch frei habe, wer 1000 Kraniche schaffe. Es faltete sogar 1600, aber die Krankheit war stärker.

X. starb am 25. Oktober 1955, keine 13 Jahre alt und gut 10 Jahre nach dem Ereignis, das der Grund für ihre Krankheit war. Je nach Schätzung sind 200 000 bis 300 000 Menschen dabei oder daran ums Leben gekommen. Die Origami-Vögel fanden und finden sich auch in einem Monument, das 1958 aufgestellt wurde, und entwickelten sich zu einem Symbol der Friedensbewegung. Der Geburtsort des Mädchens: Hiroshima.

Der Name der jungverstorbenen Japanerin ist das Lösungswort, das auf zwei Wegen zum VPOD gelangen kann, a) durch Postkarte bis 22. September an: VPOD, Zentralsekretariat «Wer war's?», Postfach, 8036 Zürich, oder b) durch E-Mail an redaktion@vpod-ssp.ch. Büchergutscheine zu 100, zu 50 und 20 Franken sind als Preise bereitgelegt. | *slt*

Es war Beate Uhse

Ein gewisses Verständnis kann man schon aufbringen für den Entscheid der Hochschule Flensburg, nicht Beate Rotermund-Uhse geb. Köstlin (1919–2001) zur Namenspatronin zu küren. Heute wird Beate Uhse in erster Linie mit Sexspielzeug assoziiert – mit Vibratoren, Liebeskugeln, Nippelklemmen. Oder mit Aufblaspuppen, von denen es 28 weibliche Modelle und 1 männliches («Loverboy Angelo») gibt, preislich in der Spanne zwischen 27,95 und 2199 Euro. Am Ursprung stand allerdings der feministische Ansatz, den gebeutelten Frauen der direkten Nachkriegszeit unerwünschte Schwangerschaften ersparen zu helfen. Mit Aufklärungsschriften begann Beate Uhse einen Versandhandel. Den ersten Sexshop der Welt eröffnete sie 1962 in Flensburg. Die Büchergutscheine gehen diesmal an Julia Jenzer (Bern), Bernadette Hausmann (Rupperswil) und Hans Furrer (Boll). | *slt*

Hélène Blauenstein †

Im Alter von nur 62 Jahren ist Hélène Blauenstein ihrem schweren Leiden erlegen, von dessen rapidem Fortschreiten ihr letztes halbes Jahr überschattet war. Der VPOD trauert um eine ungemein treue und liebe Kollegin, die sich in ihrem Engagement von niemandem beirren liess. Als alleinerziehende Mutter und als Biologielaborantin bei der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL hat sie selber durchaus zu kämpfen gehabt. Aber sie hat es aufgenommen mit all den Engstirnigen und Vorurteilsbeladenen – und den meisten hat sie die Meisterin gezeigt. Gleichzeitig blieb sie bis fast zum Ende neugierig, fröhlich, interessiert an Menschen, an der Natur, am Leben in all seinen Ausprägungen. Man konnte mit ihr ebensogut eine zähe Debatte über die strukturelle Benachteiligung der Frauen führen wie einen munteren Schieber klopfen. In Sieg und Niederlage im Spiel wie im Leben blieb sie würde- und humorvoll.

Die Delegiertenversammlung des Verbandes verliert mit Hélène Blauenstein ein langjähriges Mitglied, die VPOD-Sektion Zürich Eidgenössische eine der wichtigsten Stützen der letzten Jahrzehnte, eine Impulsgeberin, die sich für andere ebenso mutig ins Zeug legte wie für sich selbst. Unvergessen bleibt ihr Einsatz für den Frauenstreik 2019. Die Organisation der Frauengruppe in ihrem Betrieb und die Planung der dortigen Aktionen am Tag selbst gehen massgeblich auf sie zurück. Eines war ihr dabei immer wichtig: Der Streik sollte die Reinigungsfrau, die Kantinenmitarbeiterin und die kaufmännische Angestellte genauso umfassen wie die Forscherin und die Kaderfrau. Dass auch ein Hochschulinstitut nur dank dem Einsatz auch der schlechter bezahlten Personalkategorien funktionieren kann, war für sie eine zentrale Vorbedingung.

Beharrlich war Hélène Blauenstein, bissig zuweilen, immer wieder kam sie auf jene Punkte zurück, die aus ihrer Sicht noch ungeklärt waren (was die Umgebung keineswegs immer mit Hallelujagesängen begrüsste). Aber es spiegelte sich darin die tiefe Gewissheit, das Richtige zu tun und auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Das hat sich auch auf die Tochter – ebenfalls VPOD-Kollegin – übertragen, der unser herzliches Beileid gilt. Dass dieses Leben jetzt so kurz vor der Pensionierung einfach abreisst, dass die vielen Pläne, die Hélène Blauenstein für die Zeit nach dem Erwerbsleben hegte, unverwirklicht bleiben, so viele Fragen unbeantwortet und so viele Trümpfe ungespielt, macht uns alle fassungslos. | *Natascha Wey und Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Helmut Hubacher †

Der frühere Basler VPOD-Sekretär und langjährige SP-Parteipräsident Helmut Hubacher ist im Alter von 94 Jahren gestorben. Die Schweiz verliert mit ihm nicht nur einen ausserordentlichen Politiker, sondern auch einen engagierten Gewerkschafter. Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident: «Die beispielhafte Karriere von Helmut Hubacher zeigt die wichtige Rolle der Gewerkschaften, wenn es darum geht, Menschen aus allen sozialen Schichten den Weg zu hohen politischen Ämtern zu ermöglichen und die Zukunft des Landes mitzubestimmen.» Den Angehörigen entbieten VPOD und SGB ihr herzliches Beileid.

Helmut Hubacher ist den meisten Menschen bekannt als der Parteichef, der die Schweizer Sozialdemokratie durch die bewegten 1970er und 1980er Jahre geführt hat, als Nationalrat und dort als Mitglied der legendären «Viererbande», zu der ausser ihm Lilian Uchtenhagen, Andreas Gerwig und der geschäftsleitende VPOD-Sekretär Walter Renschler gehörten. Dieses Quartett prägte Kurs und Taktik der SP in jenen Aufbruchsjahren nach Einführung des Frauenstimmrechts bis hin zur Nichtwahl Uchtenhagens in den Bundesrat.

In breiten Kreisen weniger bekannt ist, dass Hubacher ein in der Wolle gefärbter Gewerkschafter war. Bereits 1944, als 18-jähriger SBB-Lehrling zum Stationsbeamten, trat er dem SEV bei. In den 1950er Jahren machte er sein Engagement zum Beruf: Er wurde Gewerkschaftssekretär, zuerst beim SEV, dann beim VPOD: Von 1953 bis 1963 war er dessen Basler Sekretär (und vor allem in der Schiwoff-«Affäre» ein sehr strenger Kalter Krieger). Später, als Nationalrat, machte er sich dann auf der rechten Seite unbeliebt, weil er Armeeausgaben auf ihren Nutzen abzuklopfen pflegte.

Helmut Hubachers drittes Standbein war der Journalismus: Von 1963 bis 1972 leitete er die Redaktion der *Basler Arbeiterzeitung*, und bis fast zum Schluss schrieb er Kolumnen für die *Basler Zeitung* und den *Blick* – er tippte sie auf der Maschine und versandte sie per Fax. Die letzte, im Juni erschienene Folge trägt den Titel «Die Schweiz ist ein einmaliges Land»; darin preist der Autor die AHV als «Weltklasseleistung» und nennt den Klimaschutz als zentrale Zukunftsaufgabe für unser Land.

Helmut Hubacher war nicht immer, aber immer öfter ein Brückenbauer. Er vermittelte zwischen Jungen und Alten, Progressiven und Konservativen, Pragmatikerinnen und Ideologen, Arbeiterinnen und Intellektuellen. Er half mit, die neuen politischen Bewegungen in die Sozialdemokratie zu integrieren. «Die SP entwickelte sich unter Hubachers Präsidium von einer Arbeiter- zu einer Linkspartei der neuen Mittelschichten, in der neu auch Umwelt- und Frauenfragen thematisiert wurden», so das Historische Lexikon der Schweiz. Dabei war er ein unermüdlicher Fürsprecher für die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dafür danken ihm der SGB und der VPOD. | *sgb/vpod (Foto: Keystone)*

Rote Köpfe

Diese Gratulation ist schon etwas spät (aber nicht minder herzlich): **Esther Zinck,** pensionierte Mitarbeiterin des VPOD-Zentralsekretariats, hat am 14. Juli ihren 90. Geburtstag feiern dürfen. Kollegin Zinck war zu ihrer Zeit «das Vorzimmer» des geschäftsleitenden VPOD-Sekretärs Walter Renschler und administrierte in dieser Funktion auch die Verbandsorgane. Sie war eine klassisch ausgebildete Sekretärin mit all den Attributen, die damals zu diesem Jobprofil gehörten und vom Chef auch geschätzt wurden. Dazu gehörte die Fähigkeit, die Kommas nach Regeln (und nicht mit dem Pfefferstreuer) zu verteilen. Und die Gabe, mit rauem Charme und ohne hörbar rot zu werden die Anwesenheit des Vorgesetzten zu leugnen. Der Jubilarin alles Gute! | *vpod (Foto: zVg)*

Wieder Kurse

Seit den Sommerferien finden die VPOD-Kurse wieder gemäss Ausschreibung statt – selbstverständlich unter Berücksichtigung der coronabedingten Abstands- und Hygieneregeln: *vpod.ch/mitmachen/service/kurse*.

Der Straftatbestand der Drohung des Busfahrers D. gegen den Jugendlichen U. war nicht erfüllt.

Fahrtverzögernder Unfug

Busfahrer D. war unter dem Zeitdruck des Fahrplans so genervt, dass er den 14-Jährigen wegen eines die Fahrt verzögernden Bubenstreichs harsch tadelte. Diese Intervention hatte ebenso wie die impulsive Reaktion des Vaters ein juristisches Nachspiel. | **Text:** *Sabine Braunschweig (Foto: HerrSpecht/photocase.de)*

Es lächelt der Knopf, er ladet zum Drücken.

Provozierend drückte der 14-jährige Junge an der Bushaltestelle sämtliche Knöpfe an sämtlichen Bustüren, ohne dass er oder jemand anders einstieg. Seine drei Kollegen standen dabei und amüsierten sich königlich. Verärgert wegen dieser unnötigen zeitlichen Verzögerung stieg der Buschauffeur, Kollege D., aus, ging auf den Jugendlichen zu und tadelte ihn für sein Verhalten. Kurz danach kam dessen Vater hinzu, packte den Busfahrer an der Uniform, zückte den Autoschlüssel und zog ihn, Stift voran, quer über die Brust des Fahrers. «Heute Schlüssel, morgen Messer», sagte er dabei. D. erlitt eine brennende Hautrötung und hatte Angst. «Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte» ist ein Straftatbestand und muss von Amtes wegen untersucht werden.

«Keine Drohgebärden»

Doch zwei Wochen später war es die Mutter des übermütigen Jugendlichen, die einen Strafantrag stellte – betreffend Drohung gegen ihren Sohn. Der Busfahrer sei derart nahe an U. herangetreten, dass dieser in Angst und Schrecken versetzt worden sei. Bei der Einvernahme wies Kollege D. diesen Vorwurf klar von sich. Richtig sei, dass er auf den Jugendlichen zugegangen sei und ihn zur Rede gestellt und gescholten habe. Dabei sei er weder schnell gegangen noch nahe an ihn herangetreten, auch drohende Gebärden seien nicht zum Einsatz gekommen. Der Betroffene habe keinerlei Angst gezeigt – abgesehen davon, dass es keinen Grund gab, Angst zu bekommen.

U., von seinem Vater begleitet, beschrieb den Moment hingegen anders: Der Buschauffeur sei mit aggressiver schräger Schulterhaltung mit dem Kopf bis auf 17 bis 15 cm an seinen Buben herangekommen und habe derart böse geschaut, dass dieser Schläge befürchtete. Auf Ergänzungsfrage seines Vaters erklärte der, dass er nach dem Vorfall von seinen Eltern habe zur Schule gebracht werden müssen – aus Angst. Über Mittag sei er allerdings jeweils alleine mit seinen Kollegen mit dem Bus nach Hause gefahren.

Nach allen Befragungen und der Auswertung der Videogeräte im Bus kam die Staatsanwaltschaft zum Schluss, dass im Wortgefecht der Begriff «Idiot» gefallen sei. Bei der vorliegenden Beweislage könne aber «mindestens nicht rechtsgenügend» nachgewiesen werden, dass D.s Verhaltensweise «das Tatbestandselement des Androhens eines schwerwiegenden Nachteils» erfülle. Eine blosse Unsicherheit und Ängstlichkeit, wie die Schelte für U. genau ausgehe, vermag die Begriffe «Angst und Schrecken» im Sinne des Gesetzes nicht zu erfüllen. Der Tatbestand der Drohung war gemäss Staatsanwaltschaft also nicht erfüllt, und das Strafverfahren gegen D. wurde eingestellt. Die Verfahrenskosten übernahm die Staatskasse. D. erhielt weder eine Entschädigung noch eine Genugtuung.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Schwerwiegende Folgen

Nun aber klagte die Staatsanwaltschaft den Vater des Jugendlichen betreffend Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte an. Der VPOD unterstützte Kollege D. vor Gericht. Dieses erkannte U.s Vater für schuldig und sprach eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu 40 Franken mit einer Busse von 900 Franken aus. Der Vollzug der Geldstrafe wurde aufgeschoben und die Probezeit auf zwei Jahre festgesetzt. Schwerer wog wohl, dass die Familie U. keinen Schweizer Pass besitzt und das Urteil deshalb auch dem Bundesamt für Polizei, dem Nachrichtendienst des Bundes und den Migrationsbehörden zugeschickt wurde. Es ist trotz allem zu hoffen, dass das pubertäre Verhalten des Sohns und die aufbrausende Reaktion des Vaters nicht die ganze Familie in Mitleidenschaft gezogen hat.

Auf den Palmöl-Plantagen Malaysias hat Corona die ohnehin harten Bedingungen noch verschärft

«Eine Maske ist hier Luxus»

Corona und der Lockdown führen überall auf der Welt zu Verwerfungen und Leid. Besonders schlimm traf es die indonesischen Arbeiterinnen und Arbeiter auf den Palmöl-Plantagen von Malaysia. Fahmi Panimbang, Solidar-Projektkoordinator, gibt Auskunft. | **Interview:** *Katja Schurter (Fotos: Solidar Suisse)*

Die schon zuvor prekären Zustände auf den Palmöl-Plantagen in Malaysia sind durch Corona und den Lockdown noch verschärft worden.

Auf den Palmölplantagen von Sabah waren die Arbeitsbedingungen schon vor Covid-19 prekär. Hat sich die Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter, die meist aus Indonesien stammen und häufig keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben, jetzt verschärft?

Ja. Zwar haben die 90 Prozent Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten ohne Papiere die Plantagen schon vorher kaum verlassen, aus Angst, aufgegriffen und deportiert zu werden. Unter dem Corona-Lockdown wurden die Polizeikontrollen aber noch intensiviert. Auch die Händlerinnen und Händler, welche die Versorgung mit Lebensmitteln und weiteren Grundgütern garantieren, konnten nicht mehr in die Plantagen. Weil die Palmöl-Produktion teilweise eingestellt wurde, konnten die Arbeiterinnen und Arbeiter mehr als zwei Wochen nicht arbeiten – und erhielten keinerlei Entschädigung. Das heisst, ihr magerer Monatslohn wurde einfach halbiert.

Wie konnten sie sich und ihre Familien ernähren?

Nur dank der Unterstützung der Solidar-Partnerorganisation. Das Asia Monitor Resource Center AMRC hat im April und im Mai Essen und Schutzmaterial verteilt. Manche weinten, als endlich etwas Hilfe kam.

Müssen denn die Betreiber ihre Leute nicht bezahlen, wenn sie die Plantagen von einem Tag auf den anderen schliessen?

Auf dem Papier ist das gewiss so geregelt. Die Regierung hat angeordnet, dass die Beschäftigten alle ihnen zustehenden Leistungen bekommen. Manche haben beim Arbeitsministerium Beschwerde eingereicht, weil sie nichts erhielten. Aber es kam nicht einmal eine Antwort. Ohne Aufenthaltsbewilligung haben die Migrantinnen und Migranten kein Druckmittel in der Hand. Und das Arbeitsgesetz verbietet undokumentierten Beschäftigten, sich einer Gewerkschaft anzuschliessen.

Fahmi Panimbang.

Mitte Mai haben die meisten Plantagen die Produktion wieder aufgenommen, und die Arbeit läuft wieder zunehmend normal. Sind die Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ansteckung mit dem Coronavirus geschützt?

Nein. Ausser von AMRC erhalten sie keinerlei Schutzmaterial. Sie haben ja zuvor auch keinen Schutz vor Pestiziden bekommen. Eine Maske war und ist ein Luxus.

Wer keine Aufenthaltsdokumente vorweisen kann, wird oft in Ausschaffungszentren gesteckt und nach Indonesien zurückgebracht. Was geschah im Lockdown mit den Inhaftierten?

Ab Mitte März wollte sie die indonesische Regierung nicht mehr zurücknehmen. Die Gefangenen – unter ihnen auch Kinder – blieben also in den Lagern stecken. Unter schrecklichen Bedingungen: ohne Zugang zu sauberem Wasser, mit Essen, das oft nur aus verrottetem Reis und Gemüse bestand, litten viele unter Durchfall und Hauterkrankungen. Gefangene wurden regelrecht gefoltert, und es kam sogar zu Todesfällen aufgrund von Krankheiten. Ausserdem waren die Lager völlig überfüllt, und Abstand zu halten war unmöglich. Menschen so lange festzuhalten, ist illegal.

Was hat AMRC getan, um die Gefangenen zu unterstützen?

Wir haben das indonesische Konsulat in Sabah aufgefordert, seine Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zurückzunehmen. Ausserdem haben wir die lokale Regierung über die Menschenrechtsverletzungen in den Lagern in Kenntnis gesetzt und Zugang zu den Gefangenen verlangt. Letzteres leider ohne Erfolg: Unter dem Vorwand von Corona-Schutzmassnahmen wurden Besuche verboten. Aber das AMRC und andere Organisationen haben eine Untersuchungskommission nach Indonesien geschickt, die mit den zurückgekehrten Gefangenen spricht. Seit Anfang Juni ist den Internierten wenigstens die Rückkehr nach Indonesien wieder möglich.

Cevincia Singleton, Bachelor Pflege FH, Schlaganfallzentrum Universitätsspital Zürich

All inclusive

Obwohl Cevincia Singleton auch noch den Pflegemaster machen will: Den Job einer Gesundheitsmanagerin fernab vom wahren Leben strebt sie nicht an. Im Gegenteil: Sie ist sozusagen immer vor Ort.

Text: *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Bewahrt in jeder Lage Contenance: Cevincia Singleton.

Begännen wir das Gespräch mit der Frage nach der Herkunft, wäre das dann schon rassistisch? Wir haben anders angefangen: Cevincia Singleton erzählt ihren beruflichen Werdegang. Der ist eindrücklich: Mit 30 besitzt sie 1 EFZ als FaGe, 1 Bachelor in Pflege und 1 Nachdiplomstudium. Sowie 1 gewerkschaftlich geprägtes Weltbild. Derzeit arbeitet sie im Schlaganfallzentrum des Universitätsspitals Zürich. Seh- und Sprachstörung, partielle Lähmung, Schwindel, starkes Kopfweh – das alles kann Symptom eines Hirnschlags sein (muss es aber nicht). Zu den Aufgaben der Abteilung gehören Triage und Erstversorgung, wofür man interdisziplinär zusammenarbeitet. Hier zählt jede Minute.

Nicht vom Bett weg

Cevincia Singleton will noch höher hinaus: Demnächst nimmt sie an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften den Master in Pflege in Angriff. Sie weiss, dass dieses berufsbegleitende Studium noch einmal eine Durststrecke darstellt. Es wird nicht mehr viel Zeit bleiben für Aktivitäten musikalischer oder gewerkschaftlicher Art. Und danach? Besteht nicht die Gefahr, dass man als derart hochqualifizierte Pflegekraft von der ursprünglichen Tätigkeit abrückt und fernab vom Geschehen an irgendwelchen Schreibtischen irgendwelche Konzepte gebiert? Das ist jedenfalls nicht das, was die Kollegin anstrebt. Sie will die Wissenschaft und die Praxis verzahnen. Denn Probleme der Ethik oder der Kommunikation stellen sich vor Ort, am Bett.

Und aus diesem kommt sie jetzt doch noch, die Frage. Vielleicht will eine Patientin wissen, woher denn diese dunkelhäutige Pflegerin mit den schönen krausen Haaren stammt. Ob man mal über den Kopf streicheln dürfe? Hie und da erlebt Cevincia Singleton Rassismus der kruden Sorte, den man eigentlich für ausgestorben hielt. Da will sich beispielsweise jemand «nicht von einer Negerin waschen lassen». In solchen Fällen stellt das Spital klar: Wir dulden keinen Rassismus. Wenn der Patient auf «Wäsche durch Weisse» bestehe, möge er sich ein anderes Etablissement suchen. Auch solchen Menschen gegenüber behält die Kollegin Contenance; die pflegerischen Verrichtungen führt sie nach allen Regeln der Kunst aus. Fürwahr, das ist Professionalität!

Von der Schaukel geschubst

Mit dem Thema Rassismus hat sich Cevincia Singleton ausführlich auseinandergesetzt. Vielleicht ist das zwingend für jemanden, der Diskriminierung schon als Kind erlebt hat, von der Schaukel geschubst, mit Sand beworfen, als «Mohrenkopf» und «Gaggi» beschimpft wurde (Winterthur, 1990er Jahre). Klar ist für die Tochter eines Afroamerikaners aus Brooklyn und einer Winterthurerin mit kroatischen und deutschen Wurzeln indes auch, dass Kategorisierungen und Stereotypen Teil unseres evolutionären Erbes sind. Sie lassen sich nicht per Knopfdruck eliminieren, und mit einem generellen «Herkunftsfrageverbot» wäre wenig erreicht. Wohl aber verfüge man mit der Zeit über Antennen, mit denen sich die Intention des Gegenübers erspüren lässt. Fragt jemand aus ehrlichem Interesse? Oder wird ein Zaun gezogen zwischen jenen, die angeblich schon auf dem Rütli dabei waren, und jenen, die später dazugekommen sind (mögen sie noch so astrein Züritüütsch reden)?

Die rassistischen Morde in den USA haben die Diskussion auch hierzulande wieder angefacht. Die «Black Lives Matter»-Bewegung bringt viele Leute auf die Strasse. Cevincia Singleton ist dabei; sie fand vor allem jene langen 8 Minuten und 46 Sekunden eindrücklich, die man sich im Gedenken an George Floyd auf den Boden legte. Zu den Forderungen von «Exit Racism Now» gehören ein Ende von «Racial Profiling» und die Anerkennung des Schweizer Anteils an Kolonialismus und Versklavung. Die Kollegin ist optimistisch, dass sich in vielen Köpfen gerade vieles bewegt. Eines ist ihr wichtig: «Als Antirassismusbewegung müssen wir darauf bedacht sein, dass wir nicht selbst jene Ausgrenzung reproduzieren, die wir eigentlich bekämpfen wollen.» Der Umgang mit solidarischen «People *ohne* Color» ist so eine Frage, die das Zeug zum Spaltpilz hat. Cevincia Singleton will das Gegenteil: Inklusion.

HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

HERBST IM TESSIN

Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow
20% VPOD-Rabatt (jederzeit gültig)

Hotel Ristorante iGrappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

Herbst zwischen Merlot & Kastanien

gültig bis 25. Oktober 2020

Pauschal pro Person in
Doppelzimmer Standard zum Preis von CHF 360.-
Doppelzimmer Superior zum Preis von CHF 390.-

Der Preis beinhaltet:
3 Übernachtungen in Doppelzimmer
3 Frühstücksbuffet
1 „Gourmetmenu" (Vier-Gänge-Abendessen)
2 Drei-Gänge-Abendessen
1 Flasche Merlot (pro Zimmer)
• W-LAN
• freie Parkplätze

Angebot auf Anfrage und nach Verfügbarkeit

AZB Postfach, 8036 Zürich

«Wer übernimmt die Kosten für die Delle an meinem Auto, wenn der Verursacher nicht zahlt?»

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C004807

Foto Titelseite: *LuigiConsiglio/iStockphoto*